

DEUTSCHE BÄCKERZEITUNG

Offizielles Organ
des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Hamburg), Gr. Neumarkt 28, I.
Erscheint jede Woche Sonnabends.

Offizielles Organ
der Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker u. Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Dresden), Altinggasse 12.
Postzeitungsliste Nr. 1787a.

Wegen des Verbandstages erscheint Nr. 15 d. Bl. nicht am 13., sondern erst am 20. April. Wir machen deshalb die Schriftführer und sonstige Einsender von Bekanntmachungen schon jetzt darauf aufmerksam, damit sie die für Nr. 15 bestimmten Einsendungen bereits für Nr. 14 schicken können. Redaktionschluss ist wie immer am Mittwoch, also für Nr. 14 der 3. April. Die Redaktion.

behandelte Stumm in seinem Königreiche auch seine Untertanen wie die unmündigen Kinder, die noch am Gängelbande geführt werden müssen; wie ein Vater, so sorgte er für seine „Kinder“; er schrieb ihnen vor, welche Zeitungen sie lesen, welche Wirtschaften sie besuchen und welchem Vereine sie angehören durften; wollten sie beirathen, so muckten sie ihn um Erlaubnis fragen. Dieses „System Stumm“ ist zu bekannt, als daß wir es unseren Lesern noch ausführlicher zu schildern brauchen.

eines Weltweisen Theorien zu Tage fördern hörte, die ein halbwegs moderner Mensch längst ins alte Eisen geworfen hat?

Man kann wohl mit Fug und Recht behaupten, daß König Stumm das kapitalistische Prinzip in Beruf gebracht hat, obgleich er es zu heben glaubte. Viele seiner Berufsgenossen haben ihm die Gefolgschaft gekündigt u. a. in der letzten Zeit war er im Reichstage fast vereinsamt. Als ein Vertreter der neuen Richtung im Unternehmertum kann der bekannte Berliner Fabrikant O. Weipert gelten, der als Ergebnis einer 40jährigen praktischen Erfahrung die Nothwendigkeit erkannt hat, daß Arbeiter und Unternehmer auf dem Fuße der Gleichberechtigung miteinander verkehren. „Dies geht allerdings den Stummlingen gegen den Strich“, schrieb er vor zwei Jahren, „denn im wirtschaftlichen wie im politischen Leben fällt es den großen, mächtigen Herren schwerer, die Wahrheit zu erkennen, als denen, die ohne den Nimbus des Glanzes und der Furcht mitten im täglichen Verkehr stehen. Die großen und die kleinen Stumms, die wünschen, daß in allen Fragen der gewerblichen Verwaltung der Arbeitgeber nur befehlen und der Arbeiter nur gehorchen solle, haben kein Recht, im Namen der deutschen Industrie zu reden. Diese Industrie wird vielmehr den Ruf ihrer Tüchtigkeit gerade auch darin bewahren, daß sie für ein Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf dem Fuße der Gleichberechtigung neue moderne Formen schafft.“ In der That scheint der Gedanke des „gleichen Rechts für Alle“ wenn auch langsam, so doch stetig an Boden zu gewinnen, was allerdings nicht ausschließt, daß noch Tausende und Aber-tausende kleiner Stumms weiter wirken werden.

Der große Todengräber des Kapitalismus.

Einen schier unersehbaren Verlust hat die deutsche Arbeiterbewegung erlitten, denn am 8. März hat der König von Saarabien, der große Scharfmacher Stumm, seine Augen für immer geschlossen. Er ist dahin gegangen, von wo es keine Wiederkehr mehr giebt und mit ihm ist der letzte große Vertreter des Kapitalproleten in sein Grab gesunken, der mit brutaler Rücksichtslosigkeit und lobenswerther Offenheit seinen Standpunkt vertrat. Gerade hierdurch hat er manchem Arbeiter, der noch an die Interessenharmonie zwischen Kapital und Arbeit glaubte, den Staat gestochen, und mancher Schwärmer für das patriarchalische System der guten, alten Zeit ist durch ihn für immer kurirt worden.

Die Scharfmacherpresse hat die Bedeutung ihres „Königs“ wohl erkannt, wenn sie an seinem Grabe in nachstehende Jeremiade ausbricht: „Sein ganzes Leben war nur einer einzigen großen Aufgabe gewidmet, nämlich der Lösung der sozialen Frage auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung. Dabei war er zeit-lebens ein unerbittlicher und unermüdblicher Gegner der Sozialdemokratie, deren Bestrebungen er grundsätzlich von sich wies. Keiner hat mit solcher rücksichtsloser Schärfe die Gefahren des allmählichen Kapitalismus vor der Umsturzpartei ans Licht gestellt wie er, keiner hat vom Boden des patriarchalischen Systems aus einen so energischen Kampf gegen die Experimente unserer modernen und modernsten Sozialreformer und Volksheiler geführt wie Stumm. Darin, daß er sich dem Namen eines Scharfmachers angehängt, er darf ihn als einen Ehrennamen mit ins Grab nehmen zum Zeichen, wie in einer Zeit trauriger Erschlaffung des Staatsgefühls und des Bürgermuthes er einer der rastlosesten Warner und einer der tapfersten Vertheidiger der monarchischen Staats- und Gesellschaftsordnung gewesen ist.“

Auch in den Regierungs- und Hofkreisen galt der Verstorbene Jahrzehntlang als eine Autorität in volkswirtschaftlichen Fragen; bekannt ist der unheilvolle Einfluß, den er als Scharfmacher ausgeübt hat; erst seit anderthalb Jahren scheint Stumm seine Rolle als unverantwortlicher kaiserlicher Rathgeber aus uns unbekanntem Gründen ausgeübt zu haben. Nur die Zukunft kann uns lehren, wie nachhaltig der Stumm'sche Einfluß sein wird; wahrscheinlich wird sich auch hier wieder die Wahrheit bewähren, daß ein Bogen, der zu straff gespannt ist, bricht.

Schule und der bedeutendste Dannerträger einer nunmehr überwundenen Weltanschauung; er war die treibende Kraft des kapitalistischen Systems, das in dem modernen Arbeiter nichts weiter erblickt, als einen willenlosen Sklaven seines Herrn. Der Gedanke, daß ein Arbeiter ein gleichberechtigter Faktor im Betriebsleben sei, ist ihm niemals in seinem ganzen Leben gekommen; zu einer solchen Höhe modernen Denkens und Empfindens vermochte er sich nicht aufzuschwingen. Er lebte noch in den Anschauungen jener Zeit, die eine Ueber- und Unterordnung der Stände eines Volkes für eine unabwendbare Nothwendigkeit hielt und vor dem Gedanken zurückschauerte, daß auch der „Knecht“ seinem „Herrn“ gleichberechtigt sein könne. In sozialpolitischer Beziehung war er unbedingt einer der unheilvollsten Erscheinungen des letzten Menschenalters; er war ein Mann des Knutenregiments und des Scharfmachertums, das wie eine Mühle aus vergangener Zeit in die Gegenwart hineinragt; energisch und rücksichtslos bekämpfte er alle freibeitlichen und gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiterklasse und in jedem Gegner seiner Prinzipien erblickte er einen Revolutionär schlimmster Sorte, den er mit allen Mitteln zu unterdrücken suchte. Dabei besaß er einen Unfehlbarkeitsblinkel und Fanatismus, der keinen Widerspruch ertragen konnte.

In der That war König Stumm schon bei Lebzeiten stolz auf den Namen eines Scharfmachers und er hat keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne sich mit anerkennenswerthem Freimuth als Vertreter seines Systems zu betheiligen; er machte aus seinem kapitalistischen Herzen keine Mördergrube und mit dem stillen Wahnsinn eines Fanatikers bot er seine Brust den Weilen seiner Gegner dar; gleich unempfindlich gegen die Wucht der Entwicklungsthaten wie gegen den Spott und Hohn der Sozialisten stand er auf der Tribüne des Reichstages und betete in eintönigen Redefluß sein Sprüchlein herunter. Keine sozialpolitische Debatte konnte im Reichstage stattfinden, ohne daß der Abgeordnete Freiherr von Stumm den Standpunkt des Scharfmachertums vertrat. Dimalts wurde es seinen Freunden selbst angst und bange, wenn der Fanatiker des Kapitalismus aus der Schule plauderte und allzusehr mit offenen Karten spielte; dann mügen sie wohl manchmal im Geheimen den Anspruch wiederholt haben, den der „Kladderadatsch“ dem unvorsichtigen Redner bereits vor mehr als zwei Jahrzehnten zurief: „O wärst Du, Stumm, doch stumm geblieben!“ Aber der „würdige alte Herr“ ließ sich nicht beirren, er donnerte nach wie vor gegen die „Volksaufwiegler und Hezer“ los, mochte es sich um nationalsoziale Pastoren, sozialreformatorische Professoren oder gar um Sozialdemokraten handeln. Für ihn waren alle diese Leute nur eins, insofern sie Front machten gegen das geheiligte Prinzip des Kapitalproleten. Wer gegen die Alleinherrschaft des Kapitalisten auch nur den Finger regte, der war in seinen Augen schlimmer als ein Räuber und Mörder. Mit der rührenden Unbeholfenheit des alten Mitters Don Quichote kämpfte er bis zum letzten Athemzuge für die überlebten Prinzipien einer versinkenden Zeitperiode.

Alles in allem genommen können wir vom Standpunkt der Arbeiterbewegung aus, den großen Scharfmacher Stumm zu jenen Geistern rechnen, die — nach Göthe — stets das Böse wollen, aber stets das Gute schaffen. Stumm wollte das System des Kapitalismus stärken und hat es in der kürzestmöglichen Weise untergraben, er wollte die moderne Arbeiterbewegung niederknüllen und er hat sie befördert; sein ganzes rastloses Streben ist vergebens gewesen, die Arbeit seines Lebens war umsonst — aber ihn und seinen Geist geht die Arbeiterklasse zur Tagesordnung über.

Dieser Stumm'sche Gedanke von dem ungleichen Rechte zwischen Arbeiter und Unternehmer kam am drastischsten zum Ausdruck in einer Eingabe, die der „Verband deutscher Metallindustrieller“ im Jahre 1899 an den Staatssekretär des Innern, Grafen Posadowsky richtete und worin es hieß: „Die Gleichberechtigung zwischen Arbeitern und Unternehmern in dem von den modernen Sozialpolitikern gebrauchten Sinne weisen wir entschieden zurück. In der Politik und vor dem Gesetze hat der Arbeiter in unserer Vaterlande volle Gleichberechtigung; in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung ist er von ihr durch unsere bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung unbedingt ausgeschlossen, denn auf diesem Gebiete tritt die Scheidung zwischen den Rechten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein, die von der Entwicklung der Verhältnisse geboten und als wesentlichste Grundlage zu dem Bestand derselben zu betrachten ist. Als eins dieser Rechte nehmen wir in Anspruch, daß der Arbeitgeber Herr in seinem Betriebe sein und bleiben muß, denn nur er ist für das Gedeihen des Betriebes verantwortlich.“

Aus diesem Grunde berührte sein Auftreten so tragikomisch in den Augen eines jeden Menschen, der auch nur im Geringsten von dem Luftzuge einer neuen Zeit angeweht war und Weibel traf das Richtige, wenn er ihn eines Tages im Reichstage, ebenso treffend wie unparlamentarisch, einen komischen Kauz nannte. Damit gab Weibel nicht bloß dem Empfinden seiner eigenen Parteigenossen Ausdruck, sondern auch der Meinung weiterer Kreise, denen die rüchändige Anschauungen des Oberscharfmachers denn doch zu merkwürdig erschienen. Oder wer möchte sich eines Lächelns erwehren, wenn er den König von Saarabien mit der Mienen

Die Schwierigkeit der Darstellung seiner Gedanken und Empfindungen zu überwinden.

Das Schwere klar und allen fühlbar sagen. Geht aus gedruckten Worten fließen lassen.

Zu diesem kurzen Werke liegt eine tiefe Wahrheit. Unter tausend Menschen treffen wir kaum einen, der seine Seele so zu pressen weiß, das sie Alles hergiebt, was sie hergeben kann. Viele haben eine Menge von Eindrücken, ohne daß sie es selbst wissen. An diese möchte ich nun einige Worte richten. Hat man einmal einen Gedanken erfagt, der klar und deutlich einem vor Augen liegt, so mache man nicht gleich seine Dispositionen, um dann nach einer kurzen Vorbereitung darüber zu sprechen, sondern man zerlege sich die Frage oder die Sache erst einmal recht gründlich. Man kommt dann zu der Erfahrung, daß sich von der anfänglich so geringen Sache sehr viel erzählen läßt, ja, je mehr man sich mit der Sache beschäftigt, um so größer und bedeutender übt das seine Wirkung auf die eigene Lieberzeugung aus, wodurch sich dann auch der Vortrag in überzeugenden Formen hält. Am besten ist es, wenn Einer, der sich hierzu befähigt fühlt, sich seinen Vortrag auf einen großen Bogen den er zuvor der Länge nach in der Mitte gebrochen hat, auf die rechte Seite nieder schreibt. Deshalb die linke Seite leer bleibt, werden wir sehen. Weicht den Fall, ich wollte einen Vortrag halten über Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation. Jetzt schreibe

ich, und zwar auf die rechte Seite des Bogens, in möglichster kleiner Schrift alles, was mir vorläufig hierüber einfällt, nieder. Wenn das geschehen, so liest man das selbe ruhig und langsam durch. Man entdeckt dann zweifellos, daß man vieles ausgelassen hat und vieles besser und verständlicher abfassen könnte. Dieses geschieht nun, um zu vermeiden, daß das Geschriebene durch die etwa vorgenommenen Korrekturen eine Entstellung erfährt oder weniger übersichtlich werden könnte, auf der linken Seite des Bogens. Alsdann geht man daran und schreibt die ganze Geschichte, wie sie zusammen gehört, auf einen neuen Bogen, wünschlich noch mit einigen Verbesserungen. Auf diese Weise erhält man einen Vortrag, dessen Inhalt selbst vor einem Gebildeten bestehen kann. Den Zweck dieser sauren Arbeit werdet Ihr schon leicht erleben. Fast immer hat sich während der Arbeit die beste Art, wie die Sache vorgelegt sein will, von selbst entdeckt, und kann ich einmal merklich nicht auf die richtige Idee kommen, so lege ich Alles beiseite und warte eine günstige Stunde, die sehr leicht und von selbst kommt, wenn man sich einmal mit der Sache vertraut gemacht hat. In der Regel fällt Mirs, was man sich zum ersten Male aufgeschrieben hat, ganz weg. Da es in der ersten Niederschrift meistens nur Einzelheiten sind, die es zu ordnen und zu ergänzen gilt, so ist für Denjenigen, der nicht über die erforderliche Bildung verfügt, die Beobachtung des vorgeschlagenen Verfahrens bei einer solchen Arbeit recht zweckdienlich. Zum Schluß will ich noch darauf aufmerksam machen: wählt niemals sofort ein schwieriges Thema! Wie versteht das ist, habe ich in der letzten Zeit zu beobachten die Gelegenheit gehabt und zwar in einem Falle, wo die Bildung des Referenten dann verjahte, wenn derselbe sein Wissen übertragende Dinge behandelte. Also nochmals die Warnung: Werdet nicht allzu „wissenschaftlich“, denn ohne den nöthigen Bildungsgrad verfaßt man sehr leicht der Gefahr der Halbheiten. Haltet Euch stets vor Augen: Sag nur nichts Halb; ergänzen, welche Pein!

Versammlungs-Berichte.

Altona. Mitglieder-Versammlung vom 6. März bei Gehoff. Die Abrechnung für die Monate Januar und Februar wurde für richtig befunden und dem Kassirer Decharge erteilt. Als zweiten Punkt hatten wir die Arbeitslosenunterstützung auf der Tagesordnung. Willmann führt an, daß wir hier im Jahre 1900 pro Mitglied 34 Pfg. Beitrag die Woche bezahlt haben, die Ertragskern mit eingerechnet. Sollte die A.-L. zur Durchführung gelangen, so bezahlen wir die Woche 40 Pfg. Beitrag, das sind 6 Pfg. mehr wie im Vorjahr, diese wird wohl ein jeder Kollege aufbringen können, da doch so mancher Großknecht unruhig weggehen werde, so z. B. für die Vergnügungsvereine. So haben die Mitglieder des Vergnügungsvereins zu Iphoe pro Kopf 5 Mark bezahlt und das nur zu dem Zweck, um ein Festessen zu arrangieren und zwar für die Herren Bäckermeister. Es entsteht eine rege Diskussion, in welcher Kollege Koch den Antrag stellt, unseren Delegierten damit zu beauftragen, für die A.-L. zu stimmen. Hierüber entsteht eine scharfe Debatte zwischen den Kollegen Remmen und Christahl. Während Remmen der Ansicht ist, der Antrag sei wohl zweckmäßig, um unserem Delegierten ein gebührendes Mandat mitzugeben, widerspricht Christahl diesem. Der Antrag wurde gegen zwei Stimmen angenommen. Ein Antrag zur Generalversammlung hat folgenden Wortlaut: „Der Verbandstag möge beschließen, daß die Grobbäcker Altonas der betreffenden Mitgliedschaft wieder überwiesen werden und eine Sektion für sich bilden.“ wurde einstimmig angenommen. Aus der Wahl eines Delegierten ging der Kollege Remmen mit großer Majorität hervor. Vom Vorsitzenden wird bekannt gegeben, daß am 1. Freitagabend ein Vergnügen in „Waidmannsruh“, Bahrenfeld, stattfindet, welches guten Anklang fand. In der vorigen Versammlung machte ein Kollege die Aeußerung, daß er mit seinen Nebenkollegen auf das Straßenspielfeld gezogen sei, wobei der Werkmeister der schuldige Theil sein sollte. Es wurde dem Vorstand überlassen, die Sache zu regeln. Dieser wählte eine Kommission aus seiner Mitte, um bei dem betreffenden Bäckermeister Samann in der Holstenstraße nachzufragen, ob diese Angaben auf Wahrheit beruhen. Die Kommission machte jedoch verdurstete Gesichter, als sie hörte, daß es nicht an dem sei, sondern die Kollegen, die da aufgehört haben, haben so schlechtes Brod gebacken, daß der betreffende Bäckermeister dieses nicht verkaufen konnte. Der Meister hat der Kommission Brod vorgelegt und diese konnte sich davon überzeugen, daß es sich nicht zum Verkauf eignete. Aus diesem Grunde ist der Mannschaft gekündigt worden. Somit ist also die Beschuldigung des Werkmeisters Remmen hinjällig.

Berlin. Eine von über 2500 Bäckergejellen besuchte öffentliche Versammlung, die sich mit der Verschlechterung des Maximalarbeitstages befaßte, fand am 12. März in Stellers 5 Sälen statt. Zu dieser Versammlung waren mehrere Reichstagsabgeordnete verschiedener Parteien, sowie einige bekannte Ärzte, Sozialpolitiker und die Innungspräsidenten eingeladen. Der Referent, Kollege Hesthold, beleuchtete die zum Schutz der Arbeiter in Bäckereien erlassenen Vorschriften und führte dann aus, daß die Bäckermeister für die Vereitigung oder doch für eine erhebliche Einschränkung des Arbeiterlohnes eintreten, obgleich die Bundesratsverordnung bis heute noch nicht in allen Betrieben durchgeführt sei. Wenigstens ein Drittel aller Bäckereien halte gegenwärtig noch nicht den 12stündigen Arbeitstag inne. Gegen das Verlangen der Bäckermeister, daß statt der Maximalarbeitszeit ein 10stündiger oder gar eine achtschündige Maximalarbeitszeit werde, sei ganz energisch vorzugehen. Der Meister Gemeinhardt von der Innung Kontordia, als erster Diskussionsredner das Wort nahm, betonte unter lebhaftem Widerspruch der Versammlung, daß ein Drittel der Berliner Bäckereien der Maximalarbeitszeit nicht durchgeführt wird. Weiter führte der Redner aus, daß eine Maximalarbeitszeit nach der Natur des Gewerbes nicht beantwortet werden könne, und daß die Meister deshalb im Interesse des Gewerbes eine 10stündige Ruhezeit empfehlen. Was die Meister wollen, das sei keine Verschlechterung, sondern eine Verbesserung der Verordnung. Er erklärte, daß die Wünsche der Gejellen niemals beirachtet werden können, sondern sie können immer mit neuen Wünschen. Die Rückwärtsbewegung der Verordnung im Sinne der Festsetzung einer Maximalarbeitszeit sei ein Segen für das Handwerk und wenn die Gejellen dagegen agitieren, so werden sie sich selbst in das eigene Fleisch. Kollege Schuler

wies darauf hin, daß die Meister früher stets für gänzliche Vereitigung der Bäckereiverordnung eingetreten seien, heute wären sie schon etwas maßvoller geworden, denn sie sagten, für eine Regelung der Arbeitszeit seien sie auch. Der Redner wies an statistischen Material nach, daß durch den Maximalarbeitstag die Zahl der Erkrankungen nachgelassen habe. Wenn jetzt der Maximalarbeitstag befristet wird, so würde die Abnahme der Krankheitsfälle ungünstig beeinflusst werden und die Folge wäre eine Erhöhung der Beiträge. Nachdem noch mehrere Redner, darunter auch Bäckermeister Weißer, gegen die Verschlechterung des Maximalarbeitstages gesprochen hatten, beschloß die Versammlung, daß die Gesellenaustritte eine Audienz beim Reichskanzler nachsuchen sollen, um eine Resolution mündlich zu bekommen. Weiter sollen die Gesellenaustritte dahin gehen, daß die Handwerkskammer für Berlin aufgegeben wird, ein Gutachten über die Wirkung des Maximalarbeitstages und über die in Aussicht stehende neue Berechnung zu erhalten und dieses Gutachten dem Bundesrathe einzureichen. Am Schluß ging ein Schreiben ein über die Verhältnisse in der Bäckerei von Garb, Charlottenstr. 72 (Besitzer der feinsten Hotels). Dort schlafen 30 Mann abwechselnd in Betten, welche übereinander stehen; Unterbetten und Kopfkissen sind nicht vorhanden, sondern nur eine Seegrasmatratze und zwei große Strohbetten. Auch haben die 30 Mann nur ein Waschbecken. Ferner ging über die Lehrlingszuchterei eines anderen Bäckermeisters, der zwei Lehrlinge hat, ein Schreiben ein, von denen der eine täglich 3 bis 4 Mal in Kränze fällt.

Wien. Die Versammlung vom 10. März war gut besucht. Erster Punkt der Tagesordnung war Zahlen der Beiträge. Zum zweiten Punkt nahm Kollege Bartels das Wort. Derselbe referierte über den Verbandstag in Mainz und wurde sein Vortrag mit Beifall aufgenommen. Unter „Verschiedenes“ berichteten einige Kollegen über die neuen Verhältnisse in ihren Betrieben, worauf ihnen Kollege Bartels den Zweck der Organisation erklärte und die Kollegen aufhorchte, sich alle dem Verbände anzuschließen. Da unser Kassirer, Kollege Fleisch, von hier verzieht, wurde Kollege Alfred Müller zum Kassirer gewählt. Mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Bäckerverband wurde die imposant verlaufene Versammlung geschlossen.

Kiel. Am 10. März fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, welche sehr schwach besucht war. Da der Kartelldelegierte am Erscheinen verhindert war, gab der erste Vorsitzende den Kartellbericht. Als Delegierter zum Verbandstag nach Mainz wurde Kollege Puhbaum mit 7 Stimmen gewählt. Zum Punkt 5 stellte der Diskussionsklub den Antrag, das Abonnement der „Neuen Zeit“ auf Kosten der Mitgliedschaft einzuführen. Derselbe wird angenommen. Der Bibliothekar hatte für die Bibliothek ein Reglement ausgearbeitet, welches mit einer kleinen Abänderung angenommen wurde. (Ann. des Schriftführers: Kollegen, die Notwendigkeit der Tagesordnung erfordert Eure Anwesenheit, deshalb erscheint zur nächsten Versammlung alle pünktlich.)

Leipzig. Mitgliederversammlung vom 10. März. Bei der Wahl eines Vorsitzenden der hiesigen Bahnhofsstelle, die mittels Stimmzettel erfolgte, wurde Kollege E. Müller mit Majorität gewählt. Der bisherige Vorsitzende der hiesigen Bahnhofsstelle, E. Schwaninger, legte in kurzen Worten klar, aus welchen Gründen er von seinem Posten zurücktritt. In der Diskussion über die Anträge der zu dem stattfindenden Generalversammlung sprechend sich sämtliche Redner dafür aus, die Zentralleitung des Verbandes von Hamburg nach Mitteldeutschland zu verlegen. Bedenken wurden jedoch dagegen erhoben, die Zentralleitung direkt nach Leipzig zu verlegen. Ferner betonten die Redner, das Beitrittsgehalt auf der jetzigen Höhe von 50 Pfg. zu belassen, anstatt der bisher üblichen Monatsmarken Wohnbeiträge einzuführen und bei einer Krankheit eines Mitgliedes die Beiträge zu erlassen. Bei Besichtigung von internationalen Kongressen soll die Zentralleitung nicht mehr eigenmächtig handeln. Den Agitationskommissionen soll in Zukunft mehr Recht eingeräumt werden als bisher. Ferner findet ein Antrag Annahme, der besagt, zu Gewerkschaftskongressen nicht mehr beidolbete Beamte, sondern andere dazu geeignete Mitglieder als Delegierte zu entsenden. In einer lokalen Streitfrage muß sich der Gewerkschaftsbeamte neutral verhalten. Zur Delegiertenwahl wird beschlossen, anstatt eines zwei Delegierte zu entsenden, da wir der Mitgliederzahl nach dazu berechtigt sind. Die Delegiertenwahl ergab, daß die Kollegen W. Sahl und E. Müller gewählt sind.

Leipzig. In einer gut besuchten Bäckerversammlung in der Flora sprach Kollege Sahl über das Thema: Die wirtschaftliche Krise und welchen Einfluß hat sie auf das Bäckerhandwerk. In seinen schreienden Vortrag schloß sich eine rege Diskussion, an der sich auch einige anwesende Bäckermeister beteiligten. Nachdem von Vertretern der Organisation diesen Herren in gebührender Weise klar gemacht worden war, daß es nicht mehr an der Zeit sei, den alten Innungssoß weiter zu gebärden, gebärdete sich der Bäckermeister Liebigott derartig höflich, daß er ausgewiesen werden mußte. Nachdem die Ruhe wieder hergestellt war, verhandelte man über den 2. Punkt der Tagesordnung, und zwar über Innungsgrantsentlassungen. Nach reger Debatte wurden die Kandidaten zur Generalversammlung aufgestellt. Der 3. Punkt, Gewerkschaftliches, mußte wegen vorgerückter Zeit vertagt werden.

Birmensdorf. Öffentliche Versammlung vom 12. März mit der Tagesordnung: 1. Die wirtschaftliche Lage der Bäckerarbeiter und wie verbessern wir dieselbe. (Referent Hegemann-Mannheim.) 2. Freie Diskussion. Die Versammlung wurde vom Vorstand eröffnet, worauf Kollege Max Hegemann das Wort erteilt wurde. In seinen Ausführungen über die in die letzten Jahre fallende Arbeitsentwicklung, wurden lebhaft gesprochen. Ferner stellte Redner uns die technischen Erfindungen und deren Nachteile in treffenden Ausdrücken vor Augen. Zum Schluß kritisierte er noch die Gewerkschaften und unsere Vertreter auf verschiedene Weise. Nach einer lebhaften Debatte wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Bäckerverband geschlossen.

Frankfurt a. M. Mitgliederversammlung am 6. März 1901. Der Vorsitzende ruft unter anderem Geschäftlichen scharf die Laune der Kollegen, welche alle Ruhe und Kostenanwand nutzlos macht. Ferner erstattet Kollege Stummel Bericht über den Verlauf der Geschäfte des Sprechereis, welcher als günstig bezeichnet werden kann. Zur Ergänzungswahl zum Vorstand und Wahl von

Bezirkskassirern erklärt Goldstein nach fast zweistündiger sehr erregter Debatte, daß er seinen Posten als zweiter Kassirer freiwillig niederlegt und wird Kollege Bischoff einstimmig als zweiter Kassirer gewählt. Auch erfolgt die Wahl von 6 Bezirkskassirern. Als Delegierte zum Verbandstag werden die Kollegen Trageser mit 64 und Feuerleber mit 62 Stimmen, als Ersatzleute die Kollegen Sorrer mit 36, Riesel mit 31 Stimmen gewählt.

Essen. Die Mitgliederversammlung vom 10. März war mäßig besucht. Kollege Paleser-Dothum beehrte uns mit seiner Anwesenheit. Derselbe hielt einen Vortrag über die Entwicklung des Handwerkes. Beifall lobte den Redner für seine Ausführungen, die in mancher Beziehung interessant waren, was die Aufmerksamkeit hervor, mit welcher der Vortrag aufgenommen wurde. Hieran anschließend äußerte sich Kollege Houry über die Arbeitslosenunterstützung, und empfahl dem vom Hauptvorstande ins Auge gefaßten Plan seine Zustimmung zu geben, was dann auch einstimmig geschah. Nun entstand eine lebhafteste Debatte über die Ausbeutung der Lehrlinge, an welcher besonders der Vorsitzende Roth und Paleser sich beteiligten. Zum Schluß, nachdem Houry vorher zum Delegierten von der Bahnhofsstelle gewählt war, machte derselbe noch die mit Beifall aufgenommene Bemerkung, daß, wenn wir in Gutmütigkeit und unter Aufbietung aller Energie die Arbeit für unsere gerechte Sache forschen, die Germania-Annahmen dazu kommen würden, uns nach dem bekannten Aussprüche des noch bekannteren Mannes als notwendiges Uebel anzuerkennen.

Dresden. Mitglieder-Versammlung vom 7. März. Zum ersten Punkt der Tagesordnung giebt der Kassirer bekannt, daß im Monat Februar 12 Mitglieder eingetreten sind. Hierauf giebt er die Monatsabrechnung für Februar, die Revisionen betreffen die Wichtigkeit derselben, und wird hierauf der Kassirer entlastet. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung hielt der Vorsitzende einen Vortrag über die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung. Derselbe wurde mit großem Beifall aufgenommen. In Verbandsangelegenheiten werden die Kollegen aufmerksam gemacht, die Fachpresse mehr zu beachten, dieselbe neben der Arbeiterpresse allen anderen Zeitungen vorzuziehen. Hierauf schritt man zur Wahl der Delegierten zum Verbandstag, es waren hierzu in der vorhergehenden Versammlung drei Vorschläge gemacht: Weinert, Wetschmann und Kirchhof. Die Leitung der Wahl wurde dem Schriftführer übertragen. Da Kollege Kirchhof abwesend war, so kamen nur die beiden Anderen in Betracht, es wurden 22 Stimmzettel abgegeben, davon erhielt Kollege Weinert 11 und Wetschmann 10 Stimmen, ein Stimmzettel war unbeschrieben. Im Gewerkschaftlichen giebt der Vorsitzende das Resultat der Verhandlungen mit dem Bäckermeister Herrn Badosen wegen unserer Forderungen betreffend Abschaffung von Kost und Logis bekannt. Herr Badosen galt bisher als arbeiterfreundlicher Bäckermeister, seit er aber im Innungsamt sitzt, scheint sich diese Arbeiterfreundlichkeit bedeutend abgeschwächt zu haben, denn wie bekannt stimmte er schon auf dem Verbandstage in Bittau für die Verschlechterung des Maximalarbeitstages und es war voranzusehen, daß er auch unsere Forderungen rundweg ablehnen würde. Weitere Maßnahmen gegen ihn werden dem Vorstande übertragen, ebenso gegen einige weitere „arbeiterfeindliche“ Bäckermeister am Orte, welche sich auf den abnehmenden Standpunkt Badosens stützen, und unsere Forderungen ebenfalls ablehnten. Weiter wird der Versammlung bekannt gegeben, daß folgende Meister in Bittau unsere Forderungen nebst den dazu gestellten Lohnföhen bewilligt haben: die Herren Oskar Schöne, Lindenstraße, Emil Schöne und Hermann Behold, Wilsdrufferstraße. Herr Behold hat sich besondere Ausnahmen vorbehalten, welche die Versammlung nicht anerkennt, indem er auf Kosten seiner Gejellen, wenn dieselben 10-15 Minuten zum Anfang zu spät kommen, durch den Innungsarbeitsnachweis Ausschüßkräfte bezieht. In diesen vorgekommenen Fällen wurde der Nachweis geliefert, daß genügende und entsprechend organisierte Arbeitskräfte durch den Verbandsarbeitsnachweis zu erhalten waren. Die Versammlung erblickt darin eine Nichtbeachtung unserer getroffenen Vereinbarungen.

Breilau. Mitgliederversammlung vom 5. März. Nach Verlesung des Protokolls und nach Berichterstattung des Kassirers sprach Kollege Kasting über die statistische Erhebung in der Meisterversammlung vom 11. Dezember 1900. Redner widerlegte einige Worte von der Meisterversammlung, die in der Zeitung veröffentlicht waren und wies darauf hin, daß der Herr Obermeister gesagt habe, die Gejellen ließen ihn garnicht zu Worte kommen in der Versammlung im Friedrichs Lokal; ferner, daß der Gejellenlohn um 2% gestiegen sei gegen früher. Herr Becker habe ausgeführt, es sei noch kein Gejelle zu ihm gekommen und hätte sich beschwert über schlechte Kost und schlechten Lohn. In der Diskussion wurde hauptsächlich die hier übliche große Lehrlingszuchterei scharf kritisiert und die Kollegen aufgefordert, dafür zu sorgen, daß das Publikum über die Lehrlingsausbeutung aufgeklärt wird. Sodann wurden die Bäckereien verlassen, aus denen keine beantwortete Fragebogen eingegangen. Es wurde festgestellt, wie viel Gejellen und Lehrlinge in den Betrieben beschäftigt sind. Unter „Verschiedenes“ war die Wahl eines Besitzers; es wurde Kollege Funck gewählt. Ferner wurden die Flugblätter zur planmäßigen Vertheilung ausgegeben. Mit einem Hoch auf die Bäckerbewegung schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Dortmund. Mitgliederversammlung vom 10. März. Der erste Punkt der Tagesordnung „Kartellbericht“ mußte ausfallen, weil die Sitzung des Kartells nicht stattfinden konnte. Mithin wurde zum 2. Punkt, „Delegiertenwahl“, geschritten. Aus derselben ging Kollege Kardinal mit 16 Stimmen, gegen 6 Stimmen des Kollegen Freiberger, als Gewählter hervor. Nachdem noch die vom Hauptvorstande gestellten Anträge genügend besprochen waren, wurde unter Punkt „Verschiedenes“ nochmals ein Antrag vom Kollegen Stier eingebracht, einen geregelten Arbeitsnachweis einzuführen, da es für uns jetzt die höchste Zeit sei, denn die in letzter Zeit vorgekommenen Verhältnisse hätten es deutlich genug bewiesen, zumal auch die Innung an der Arbeit sei, um uns denselben aus der Hand zu reißen. Die Sache wurde einer 5-gliedrigen Kommission überwiesen, die ein Regulativ auszuarbeiten und in der nächsten Mitgliederversammlung vorzulegen hat.

Dresden. Öffentliche Versammlung der Einzelmitglieder vom 14. März in der „Mosterkante“. Zum 1. Punkt „Die Aufgaben des nächsten Verbandstages“ hielt der Vorsitzende, Kollege Baute, ein kurzes

Referat und erledigte sich seiner Aufgabe zur Zufriedenheit aller Anwesenden. Er stellte folgenden Antrag zur Generalversammlung: „Bei sich notwendig machenden Urabstimmungen müssen sich mindestens 2/3 der Majorität der Mitglieder beteiligen, andernfalls fällt der Beschluss.“ Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Weiter spricht die Versammlung die Erwartung aus, daß der Verbandstag die nötigen Einrichtungen treffen möge, in Schlefien eine bessere Agitation zu entfalten, weil von dort die meisten Lohnrücker nach den besseren Gegenden reisen. Dieraus schritt man zur Delegiertenwahl. Der Vorsitzende gab zuvor die Beschlüsse des Hauptvorstandes bekannt, wonach die Einzelmitglieder zum Wahlkreis Dresden gehören. Als Kandidaten wurden die Mitglieder Weinert und Wietschmann vorgeschlagen. Auf Grund dieses Vorschlags wurde das Mitglied Straube als Wahlleiter gewählt. Von 12 abgegebenen Stimmzetteln erhielt Wietschmann 9, Weinert 3 Stimmen. Hierauf gab der Wahlleiter bekannt, daß nun im Wahlkreis Dresden insgesamt 19 Stimmen für Wietschmann und 14 Stimmen für Weinert abgegeben worden sind. Im Allgemeinen beschließt die Versammlung, alle Vierteljahre eine öffentliche Versammlung für die Einzelmitglieder abzuhalten.

Bad Reichenhau. Am Mittwoch, den 13. März, fand unsere Mitgliederversammlung statt, und waren zu derselben wieder sechs Kollegen aus Salzburg erschienen, wovon zwei zu unserer Mitgliedschaft gehörten. Zum dritten Punkt der Tagesordnung wurde der Antrag gestellt, daß sich die Kollegen dem hiesigen Gewerkschaftsverein anschließen möchten, und haben bereits mehrere Kollegen sich zum Beitritt bereit erklärt. Ferner wurde beschlossen, unsere nächste Mitgliederversammlung nicht wie gewöhnlich am zweiten Mittwoch im Monat, sondern am nächsten, also am Mittwoch, den 17. April, abzuhalten. Die Mitglieder werden besonders darauf aufmerksam gemacht, zur Versammlung zu erscheinen, da unser Vorsitzender Eigner, als Delegierter zum Verbandstag, darüber Bericht erstatten wird. Zum Schluß wurde noch ein Kollege aufgenommen.

Düsseldorf. Mitgliederversammlung vom 10. März. Dieselbe war gut besucht. Zunächst referierte Kollege Schiffer über Krankenunterstützung und stellte den Antrag auf Gründung einer Krankenunterstützungs- resp. Hilfskasse, welcher jedoch abgelehnt wurde, und zwar bemerkte Kollege Oskertag, daß sich der Verbandstag schon damit beschäftigen werde. Es ließen sich zwei Kollegen in den Verband aufnehmen. Sodann wurde Kollege Brinken durch Abstimmung aus dem Verband ausgeschlossen, weil er versucht hatte, den Deutschen Bäckerverband in den Augen anderer Verbandsmitglieder herabzusetzen. Unter „Verschiedenes“ wurde noch über einige Lokalfragen diskutiert und dann die Versammlung geschlossen.

Berlin. Mitgliederversammlung vom 5. März im Gewerkschaftshaus. Zum ersten Punkt nahm Kollege Pelschold das Wort. Er besprach kurz den Bericht der bevorstehenden Generalversammlung und brachte die Arbeitslosenunterstützung in Anregung. Hierüber entpand sich eine rege Debatte. Eine Resolution, welche daraufhin ging, eine Verschmelzung der Arbeiter der Nahrungsmittelbranche in einen Industrieverband zu erstreben, wurde vorläufig zurückgestellt. Der Antrag, die Arbeitslosenunterstützung betreffend, wurde gegen drei Stimmen angenommen. Die Umänderung des betreffenden Paragrafen des Streitreglements wurde einstimmig angenommen. Als Delegierte wurden die Kollegen Wicke, Brieskorn und Pelschold vorgeschlagen. Bei der Abstimmung erhielt Kollege Brieskorn 4, Wicke 6 und Pelschold 36 Stimmen. Unter „Verschiedenes“ wurden einige Verbandsangelegenheiten erledigt.

Magdeburg. Versammlung vom 3. März. Da der Kassierer nicht erscheinen konnte, mußte der erste Punkt vertagt werden. Dierauf gab der Gewerkschaftsdelegierte Zacharias den Bericht vom Gewerkschaftskartell. Im Punkt „Ergänzungswahl zur Agitationskommission“ wurde Böllner und Schild zu Beisitzern gewählt. Beide nahmen die Wahl an. Bei der Abstimmung, betreffs der Einführung der Arbeitslosenunterstützung, waren nur drei Stimmen für dieselbe. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die lebhaft verlaufene Versammlung geschlossen.

Gorki 1. 2. Mitgliederversammlung vom 7. März. Anwesend sind 9 Kollegen. Der Vorsitzende eröffnet die Versammlung um halb 5 Uhr und mußte zu seinem Bedauern den ersten Punkt der Tagesordnung fallen lassen, da die Kollegen, welche versprochen, sich aufnehmen zu lassen, nicht erschienen sind. Man muß es den Fortschritt Kollegen nachsagen, daß sie im Verprechen Großes leisten, denn wenn alle Kollegen sich in unserem Verbands hätten aufnehmen lassen, es ist versprochen, so hätten wir gewiß schon eine beträchtliche Mitgliederzahl hier am Orte. Bei der Delegiertenwahl erhielt Kollege Bretschneider-Gottbis 6 Stimmen, Looß-Stettin 2 und Kollege Richter-Mirdorf eine Stimme. Alsdann erstattete Kollege Keller Bericht über die letzte Kartellsitzung. Dann machte Kollege Felsch den Vorschlag, ein Schreiben an den Hauptvorstand zu richten, in dem eine einheitliche Steuer befürwortet wird. Diesem Vorschlag wurde von allen Kollegen zugestimmt. Einen Auszug der Mitgliedschaft in nächster Zeit brachte Kollege Eiten noch zur Sprache, doch wurden sich die Kollegen hierüber nicht ganz einig, sodas dieser Vorschlag bis auf die nächste Versammlung vertagt wurde.

Heilbronn. Am Donnerstag, den 8. März, fand hier eine Mitgliederversammlung statt, welche aber nur schwach besucht war. Zuerst fand die Erhebung der Monatsbeiträge statt, dann folgte die Wahl eines Delegierten zum Verbandstag nach Mainz und wurde Kollege Lanke-Stuttgart einstimmig gewählt, da letzterer die am hiesigen Platze bestehenden Verhältnisse am besten kenne. Dierauf wurde ein Komitee gewählt, bestehend aus den drei Kollegen Philipp, Schenmy und Bügelen, zum Arrangieren der Ausflüge oder sonstiger Vergnügungen. Die Mitglieder des Komitees zahlen bei Vernachlässigung ihres Amtes 50 Pfg. Strafe. (Nunmehr d. Schriftl. Wädte die Kollegen ersuchen, vollzählig in den Versammlungen zu erscheinen und ihre Beiträge pünktlich zu entrichten.)

Gewerkschaftliches.

Das Schöffengericht Halle a. S. verhandelte am 18. März d. J. gegen den Kolleg. Reymann, Halle a. S., wegen Verleumdung der Halle'schen Maurermeister. In einer Bäderversammlung vom 31. Januar soll Re. gesagt haben: Die Halle'schen Maurermeister wären sämtlich Schurke, weil sie ihr Wort, ihre Unterschrift gegenüber ihren Arbeitern gebrochen hätten.“ Re. bestreitet dies entschieden. Er habe damals auf Grund der Mitteilungen von Seiten des Hauptvorstandes über das Vorgehen der Frankfurter Bädermeister zwischen diesen und den Halle'schen Maurermeistern eine Parallele gezogen und dabei dieses Vorgehen der zwei verschiedenen Unternehmerrgruppen erläutert und charakterisiert. Am Schluß habe er bemerkt, daß derartige Handlungsweisen jeder anständige Mensch verwerflich finden und als schuldig bezeichnen müsse. Trotz eindringlicher Fragen und Ermahnungen bleibt Reuge Schummann Teutloff dabei, die Worte seien so gefallen, wie die Anklage behauptet. Der Reuge Maurermeister Hildebrandt wird trotz des Wunsches des Angeklagten nicht vernommen. Re. legte Gewicht darauf, von H. unter seinem Eide zu hören, ob die Maurermeister ihr Wort gebrochen haben oder nicht. Der Amtsanwalt sprach in seiner Anklage von Verheugung der Reffen, den Bädern gingen die Maurer nichts an, dem Schummann sei unbedingt Glauben beizumessen. Demgegenüber wies der Angeklagte in seiner Verteidigungsrede nach, daß von einer Verheugung gar keine Rede sein könne, dem Schummann sei nicht ohne weiteres Glauben beizumessen. Er habe gerade diesen Tag furchtbar schnell gesprochen. Der Schummann habe sich nur Notizen gemacht, die den leitenden Gedanken seiner Ausführungen garricht wiedergeben. Um dies zu können, müsse der Reuge mindestens der Stenographie mächtig sein. Außerdem könne von einem Uebermaß geistiger Fähigkeiten bei dem Reuge keine Rede sein. Das Vorgehen der Halle'schen Polizeiverwaltung gegen die streikenden Maurer hätten schon die bürgerlichen Blätter kritisiert und sei es kein Wunder, daß bei den unteren Beamten ein Uebermaß entstehe, welcher Früchte, wie die inkriminierte Aeußerung, zeitige. Der Amtsanwalt beantragte 1 Monat Gefängnis, das Gericht ging jedoch über das beantragte Strafmaß hinaus und verurteilte Re. zu 6 Wochen Gefängnis und Tragung der Kosten. Die Verleumdung sei erwiesen, als besonders grobe anzusehen und sollte nur zur Verheugung dienen, da doch den Bädern die Maurer nichts angehen. Gegen das Urtheil ist Berufung eingelegt.

Bäderei-Zettel. Liebliche Zustände herrschen in der Bäderei von Richard Straube, Cotta-Dresden. Die rosigsten Zustände, unter welchen die dortigen Gefellen arbeiten müssen, lassen sich zusammenfassen in folgende, nach berühmten Mustern geübte Arbeiterfreundlichkeit. Essenzeiten giebt es bei dem Herrn nur drei und zwar Frühstück, Mittag und Abendbrot. Beserbröt oder zweites Frühstück scheinen bei dem Herrn unbekannte Dinge zu sein, die für ihn vielleicht nur darin existieren, daß er selbst nicht vergißt, sie einzunehmen. Gefellen, die darf man ja bekanntlich nicht zu fett füttern, sonst könnten die Kerle womöglich übermüthig werden und gar Rost und Logis abgehofft wissen wollen. Des Nachts giebt es ebenfalls keine Erfrischung, nicht einmal einen Schluck Kaffee. Daß man bei einer derartigen Kost und der die Gesundheit fördernden Wohnung — sie befindet sich im Keller neben Kohlen, Holz und anderen Aufbewahrungskammer, die Dachstube ist ja auch nicht weit entfernt — so daß eine sehr gesunde Luft ja immer vorhanden sein muß. Daß die Leute auch tüchtig arbeiten müssen, versteht sich schließlich am Rande. So ist es denn kein Wunder, daß die Leute oft überarbeiten müssen, sie auch Sonntag den 17. März d. J. um 1/210 noch bei der Arbeit angetroffen wurden. Als in Dresden im Stadtverordneten-Kollegium ein ähnlicher Fall von einem Schornsteinfegermeister bekannt gegeben wurde und dieser Meister fast dasselbe zu Protokoll gab, wie lautete denn da der Ruf, der ertönte: „Er ist ein Schinder und kein Meister.“ Ob dieser würdige Bädermeister nun diese unwürdigen Zustände in seinem Verriebe auströten wird? Wir sind sonst noch gern bereit, einige Proben unserer Berufsmäßigkeit, wie der werthe Herr ja wissen muß, in Arbeiter- und wirtschaftlichen Fragen abzulegen.

Für alle möglichen unabhigen Zwecke haben die Brüderschaftsgefallen Geld genug, aber nur für ihre Organisation, die Verbesserung ihrer Lage haben sie keinen Pfennig übrig, das zeigt sich wieder mal so recht in Neumünster. Seitdem dort unsere Mitgliedschaft besteht, versuchen die Arbeiter der Brüderschaft alles Mögliche, um ihre getreuen Schächsen zusammenzubehalten. So soll dem eine Fahne angeschafft werden, und damit, wie in anderen Städten, durch die Stadt zu ziehen und den Meistern Ovationen darzubringen. Wie der Vorstand jenes Vereins in letzter Versammlung erklärte, wollten sie nicht bei den Meistern um Beiträge zur Fahne betteln, sondern es sollte jedes Mitglied 5 Mk., jedes Vorstandsmitglied 10 Mk. und der Vorsitzende des Vereins erbot sich 50 Mk. dazu zu geben. Dieses Geld sollte später allen wieder zurückgezahlt werden, aber dabei verschwiegen er, woher er das Geld nehmen wollte, um es zurückzahlen zu können! — Auch diese Fahne dürfte nicht im Stande sein, die frühere Zufriedenheit der Kollegen mit ihren Arbeits- und Lohnbedingungen wieder zurück zu erobern!

Das Streikpostenverbot des Lübecker Senats, welches bekanntlich vom Reichsgericht in dem Strafverfahren gegen den Reichstagsabgeordneten Genossen Hermann Mollenbuhr für rechtmäßig erklärt worden ist, wurde nunmehr vom Senat aufgehoben!

Der „Zeitgeist“, unser Wiener Bruderorgan, berichtet über den Erlaß folgender Werkstättenordnung seitens des Magistrats in Budapest für dortige Bädereien:

„Zwischen Meister und Gehilfen ist das Arbeitsverhältnis von Jeugen, mündlich oder schriftlich, einzugehen. Zunächst ist eine einwöchentliche Probezeit zu absolvieren. Während dieser Frist kann das Verhältnis ohne Kündigung gelöst werden. Die Meister können nur Gehilfen aufnehmen, die ein Arbeitsbuch oder eine Legitimation besitzen. In das Arbeitsbuch darf keine Bemerkung eingetragen werden, welche sich auf das Benehmen des Gehilfen bezieht.

Der Behörde gegenüber ist der Bädermeister für Alles verantwortlich, was in der Dachstube vorfällt. Dem Meister

gegenüber trägt der Bäder die Verantwortung für die Vorfälle in der Küche und der erste Knezer für die Vorgänge in der Dachstube. Die Gehilfen sind diesen beiden Vorarbeitern Gehorsam schuldig.

Der Gehilfe ist verpflichtet, täglich höchstens 16 Stunden in der Dachstube zuzubringen, jedoch nur zehn Stunden zu arbeiten. Sechs Stunden sind der Ruhe gewidmet. Der Gehilfe hat ferner Anspruch auf wenigstens acht Stunden täglich vollständig freie Zeit. Der Gehilfe hat nur Fragarbeit zu leisten; er ist nicht verpflichtet, Holz abzuhauen, Thon zu tragen und Erdäpfel zu schälen. Der Meister hat dem Gehilfen Gelegenheit zu bieten, daß Letzterer an Feiertagen die Kirche besuchen könne. Wenn der Gehilfe Ueberstunden macht, hat er Anspruch auf 15 Pft. des Tagelohns für jede angefangene Stunde.

Die Minimalmehnenlöhne werden folgendermaßen festgestellt: für den Bäder K 34, Badofenhilfsarbeiter K 24, Hilfsknezer K 23, Schwarzmeier und Trogehilfe K 26, Hilfsarbeiter des Knezers K 22, die Uebriegen K 20. Für Verpflegung kann der Meister wöchentlich K 6 fordern. Dafür hat der Gehilfe Anspruch: zum Frühstück auf Kaffee, Mittags auf drei Gänge, und zwar Suppe, Rindfleisch mit Sauce und abwechselnd Gemüse mit Fleisch oder Wehlspeise. Als Nachtmahlgeld erhält er wöchentlich mindestens K 2. In der Werkstatt ist es verboten, Toilette zu machen, zu rauchen und Karten zu spielen.

Der Geschäftsführer hat Anspruch auf dreimonatliche, die Gehilfen auf fünfzehntägige Kündigung. Der Meister ist verpflichtet, beim Austritte das Arbeitsbuch auszufüllen, widrigenfalls der Gehilfe, bis er in den Besitz des Arbeitsbuches gelangt, Anspruch auf alle seine Bezüge hat.

Der Statutenentwurf trifft auch eingehende Verfügungen bezüglich der Aufrechterhaltung der Reinlichkeit in den Dachstuben. Zum Schluß werden die Bezirksvorstellungen angewiesen, die Dachstuben streng zu kontrollieren.

Dieser Entwurf enthält eine Reihe sehr bemerkenswerther Bestimmungen. Vor allem die über die Arbeitszeit. Die effektive Arbeitszeit darf zehn Stunden, der Aufenthalt in der Bäderei 16 Stunden nicht überschreiten, die freie Zeit nicht unter acht Stunden betragen. Es ist bedauerlich, daß das Statut von einem zulässigen 16stündigen Aufenthalt spricht. Es hätte einen Aufenthalt von höchstens 12 Stunden vorschreiben sollen, denn zwei Stunden Pause für jeden einzelnen Arbeiter sind zur Abweidung der Produktion mehr als ausreichend. Die Vorchrift einer schlußständigen effektiven Arbeitszeit ist jedoch als ein entscheidender Fortschritt zu begrüßen. Bemerkenswert ist die Bestimmung, daß der Gehilfe nicht verpflichtet ist, andere als gewerbliche Arbeit zu leisten.

Gewinnbeteiligung der Arbeiter an den Erträgen des Unternehmens hat die Tabakarbeitergenossenschaft in Hamburg in ihrer Generalversammlung am 11. März beschlossen. In derselben erstattete zunächst der Geschäftsführer der Genossenschaft A. v. Elm den Jahresbericht pro 1900. Der Uberschlag ist gegenüber 1899 von 173 897 Mk. auf 207 109 Mk., von 4316 Zigarren auf 5065 Mille gestiegen. Der Gewinn erhöhte sich von 3677 auf 7539 Mk. Die Genossenschaft besteht jetzt 10 Jahre; eine Gewinnbeteiligung war für diese Zeit statutarisch ausgeschlossen. Die erzielten Ueberschüsse, insgesamt 93 897 Mk., sind sämtlich dem Betriebskapital zugewiesen worden. Das Geschäftsantheilkonto beträgt 10 248 Mk., der Reservefonds 2243 Mk. Die Waarenschulden, 44 935 Mk., sind durch die ausstehenden Forderungen, 46 288 Mk., gedeckt; außerdem waren bei der Inventuraufnahme Rohmaterial und fertige Waaren im Werte von 108 922 Mk. vorhanden. Nach den Anträgen des Aufsichtsraths soll zunächst auf die Mitgliederquoten eine Kapitaldividende bis zu 6 pZt. gezahlt werden, sobald eine Verzinsung des Reservefonds und des Betriebskapitals mit mindestens 3 pZt. eintreten. Von dem hiernach verbleibenden Ueberschuss sollen mit einem gleichen Prozentsatz beizugelegt werden: a) die Grobeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine; b) die Inhaber von Verkaufsstellen von Genossenschafts-Zigarren; c) die Arbeiter und Angestellten. Steigt aber an die Konsumenten und Arbeiter zur Verteilung gelangende Anteil über 3 pZt., so sollen auch Betriebskapital und Reservefonds mit dem gleich hohen Prozentsatz verzinst werden. Mit Annahme dieser Vorschläge, erklärt von Elm, trete die Tabakarbeitergenossenschaft aus dem Rahmen einer reinen Produktgenossenschaft heraus, sie werde dadurch zu einer Produzenten- und Konsumanten-genossenschaft; bei direkter Eigenproduktion der Konsumvereine könnten bessere Einrichtungen, um gleichmäßig die Interessen der Konsumenten und der Arbeiter zu wahren, auch nicht getroffen werden. Eine lebhafteste Debatte entpand sich über die Frage der Beteiligung der Arbeiter am Gewinn, während allseitig der Beteiligung der Konsumenten zugestimmt wird. Gegen die Gewinnbeteiligung der Arbeiter wird angeführt, daß diese in der Genossenschaft so wie so schon günstiger gestellt seien als in Privatbetrieben; auch würden bei einem gleich hohen Prozentsatz die minderfähigen Arbeiter gegenüber den befähigteren zurückgesetzt. Mehrere Redner wünschten, daß nur diejenigen Arbeiter am Gewinn beteiligt werden sollen, welche Mitglieder der Genossenschaft sind. v. Elm erklärt, alle Gleichheiten in einem Fabrikbetriebe zu beseitigen, sei unmöglich; dieselben seien schon in dem Attributsystem an und für sich vorhanden. Dieses in der Zigarrenfabrikation auszuheben, sei für die Genossenschaft allein undurchführbar. Auch sei ein geringer Verdienst nicht immer auf eine geringere Befähigung zurückzuführen. Die Nichtmitglieder unter den Arbeitern vom Gewinn auszuschließen, dürfte sich nicht empfehlen; diejenigen, die längere Zeit in der Genossenschaft tätig seien, dürften im Uebriegen schon aus eigener Initiative und aus eigenem Interesse Mitglied der Genossenschaft werden. Daß die Arbeiter in der Genossenschaft höhere Löhne erzielten als in Privatbetrieben, sei Thatsache; man solle aber auch nicht vergessen, daß an sie von der Allgemeinheit bezüglich ihrer Bethätigung an der Arbeiterbewegung, namentlich an die in der Fabrikfabrikation in Frankenberg Beschäftigten, höhere Anforderungen gestellt würden, als an andere Arbeiter. Er sei im Prinzip für Gewinnbeteiligung der Arbeiter; gerade in der Zigarrenfabrikation sei es für eine Genossenschaft von der allergrößten Bedeutung, an dem schließlichen Ertragnis des Geschäftsjahres die Arbeiter zu interessieren. Er hoffe, durch diesen Schritt sämtliche Arbeiter zu Mitarbeitern zu erheben, die aus eigenem Antrieb — ohne Befehle des Meisters — die größtmögliche Sparsamkeit, Reinlichkeit und Sorgfalt bei der Verarbeitung des Tabaks üben. In den Genossenschaftsfabriken in England habe man mit der Gewinnbeteiligung der Arbeiter die besten Erfahrungen gemacht und erlaube Redner dringend, die gemachten Vorschläge anzunehmen. Die Anträge des Aufsichtsraths werden nunmehr bei der Abstimmung fast sämtlich einstimmig, der Gehilfe Reuge über die Gewinnbeteiligung der Arbeiter jedoch mit 10 gegen 10 Stimmen abgelehnt angenommen.

Bäckerverhältnisse in Lindau. Kürzlich hatte sich in Lindau eine Bäckerorganisation gebildet. Trotz dem bei der ersten Versammlung das Auge des Gesetzes ein nettes Stückchen bestrich, um die Sache hintanzuhalten, so ist doch auch dort der Stein ins Rollen gekommen. Die Wuth der Proben gegenüber dem Verband macht sich jetzt fühlbar. So z. B. wurde kürzlich der Oberbäckereimeister Helmersdorfer wegen Heberarbeit in Strafe genommen. Die Geschillen genannten Meisters waren alle beim Verbannde und schienen sich nicht, dem wachsenden Beamten der Wahrheit gemäß die dort bestehende Arbeitszeit anzugeben. Nun wurden sie von ihrem Scharsmacher Helmersdorfer als Vaganten bezeichnet, trotzdem die Arbeitsverhältnisse anders geregelt worden sind. Gleich anderen Tags wurde einem Kollegen gekündigt mit der Bemerkung, er sei in die Provinz als Haupt benannt. Mit den übrigen Gehilfen suchte der Sohn dieses Meisters Streit anzufangen und fand auch bald welchen. Er machte u. A. dem Kollegen, der Vertrauensmann der Zählstelle war, den Vorwurf, daß er mit einem solchen Gehilfen wie er ist — nicht mehr arbeiten mag, entweder muß ich gehen oder geht er, wohl gemerkt, daß dieser Kollege dort schon mehrere Monate in Arbeit steht und der Meister mit seiner Arbeit stets zufrieden war. So wurde der Kollege S. hinaus gesteckt. Nun wurde dem dritten Kollegen, der auch Verbandsmitglied war, gekündigt. Letzterer erstattete Anzeige wegen Schweinerei beim Bäckermeister Helmersdorfer und Willein zur Brodlaube. So z. B. das Wasser, in dem Mühl, in welchem man die schmutzigen Hände gewaschen hatte, durfte nicht ausgeschüttet werden, da der Meister in der Frühe heißes Wasser verschüttete und dann den ... wieder zum Teig machen verwendete. So auch mit den Teigkübeln, selbige wurden nur immer ausgekratzt, Wasser hinzugeschüttet und dann die verschiedenen Holzabfälle mit einem Sieb abgeschöpft. In der letzten Mitgliederversammlung, wo dies zur Sprache kam, war auch der Offiziant zugegen, der die Sache zu Protokoll nahm. Die Folge davon war, daß einer dieser Meister mit 10 Mk. Strafe belegt wurde, jedoch aber nur wegen Heberarbeit. Letzterer Kollege, der diese Anzeige machte, war, wie schon erwähnt, bei Helmersdorfer in Arbeit, wurde aber noch vor seiner Entlassung vom genannten Joffi eines Tages zu Willein geschickt, um dort für 1 Mk. alte Semmel zu holen. Bei seiner Ankunft wurden ihm gleich vier Obletzen bescheert, von diesem anständigen — Meister, so daß er keinige zu Boden sank. Dabei bemerkte der gebildete Herr, daß dies die 10 Mk. sei, die er bezahlen mußte. Der betreffende Kollege erstattete selbstverständlich wieder Anzeige und war auch zur Beglaubigung derselben sein Gesicht stark angeschwollen. Einige Tage darauf wollte man dem betreffenden Kollegen 20 Mk. und zuletzt 30 Mk. geben, daß er (Kollege Willein) die Anzeige wieder zurücknehme. Letzterer willigte auch nach längerem Erpressen auf 33 Mk. ein, jedoch konnte die Anzeige nicht mehr zurückgenommen werden. Das dort zuständige Amtsgericht wird nun diesen lächerlichen Meister seine gerechte Strafe anmessen. Nicht nur mit Entlassung und Prügel wollen sie unsere Kollegen einschüchtern, sondern zu den allgeringsten Mitteln greifen sie, um den Kollegen das gewöhnlich sauer verdiente Trinkgeld noch abjagen zu können. So z. B. schrieb Herr Willein einen Brief an einen seiner Kunden, wo ein Kollege täglich zweimal 1/4 Stunde weit laufen mußte, um das Brod dorthin zu tragen, daß sie ihm kein Trinkgeld geben sollten, da er fortkommt. Die betreffende Herrschaft jedoch war anderer Ansicht und gab dem Kollegen seinen Theil. Nun, Ihr Einbauer Kollegen, laßt Euch durch solche Manipulationen nicht abschrecken, sondern tretet Einer wie der Andere der Organisation bei, dann werdet Ihr bald den Meistern derartige Geselste ausgetrieben haben.

Der Zentralvorstand deutscher Bäckerinnungen „Germania“ hatte bekanntlich um eine Audienz beim Grafen v. Bülow nachgesucht, um mündlich die Bedenken der Bäckermeister gegen die geplante Verordnung über die Hygiene in den Bäckereien zum Ausdruck zu bringen. Vom Reichskanzleramt ist jetzt dem Vorstand die Mitteilung zugegangen, daß der Kanzler es ablehnt, die Deputation zu empfangen. Der Vorstand hat daraufhin beschlossen, die in dieser Sache ausgearbeitete Petition dem Bundesrathe sowie den Reichstagsvorständen des Reichstages zu übermitteln. Hinglich ersucht, ob der Reichskanzler, nachdem er den Meistern eine Audienz abgelehnt hat, bereit sein wird, eine solche den Gesellen zu gewähren, die ja auch laut Beschluß der am Dienstag stattgehabten Bäckerarbeiter-Versammlung persönlich ihre Wünsche hinsichtlich der Aufrechterhaltung des Maximalarbeitstages dem Reichskanzler vorzutragen wollen.

In der Sitzung des Reichstages vom 18. März kam die Petition der Innungsmeister, um Aufhebung der Bundesratsverordnung vom 4. März 1895 (Maximalarbeitszeit) zur Sprache. Die Petitionskommission beantragte, wenn dem Reichskanzler als Material zu übermitteln, wozu Abg. Wolkenbaur das Wort ergriß und ausführte:

Ich beantrage über diese Petition zur Tagesordnung überzugehen. Es ist ja eine alte Erscheinung, daß die Herren Bäckermeister mit dem Maximalarbeitsstag nicht einverstanden sind. Das Gerüchte soll geschwindig sein. Das ganze Einverständnis zwischen Meistern und Gesellen soll dadurch zerstört werden usw. Wenn die Petition als Material übermitten wird, so ist das eine Art Anerkennung dieser Misere, und eine solche Anerkennung wäre eine so bedauerliche, weil es hier vor allem um den Schutz jugendlicher Arbeiter handelt. Nach einer Zählung vom Jahre 1895 waren in den Bäckereien Deutschlands 114 222 Bäckerstellen und Lehrlinge beschäftigt. Von diesen waren nicht weniger als 67 512, also die wohl überwiegende Mehrheit unter 20 Jahre alt. Mehr als 40 000 waren unter 18 Jahre alt. Heute liegt es überaus auch gar nicht mehr im Interesse der Bäckermeister, wie früher die Gesundheit ihrer Angehörigen zu ruinieren. Wenn früher ein junger Mann zum Krüppel geworden war, so mußte er sehen wie er durchkam. Heute aber kann der Richter auf Grund des § 615 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in einem solchen Fall den Bäckermeister zum Schadenersatz verpflichten. Ich beantrage also über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Der national-liberale Abg. Frankenstein spielte den Anwalt der Bäckermeister und betonte: Die ganze Bäckerindustrie bedarf der Revision, jetzt will man sogar anordnen, daß Bäckerbetriebe nur bis zu einem halben Meter unter der Erde angelegt werden dürfen; worauf Abg. Wolkenbaur erwiderte: Es ist sehr bezeichnend, daß sich jetzt schon die Bäckermeister gegen solche primitiven Bestimmungen zur Schutze der jugendlichen Arbeiter wehren, die noch gar nicht einmal im Ansatz existieren sind. Für eigentlicher Grundbesitzer ist eben, sie wollen die Polizei nicht in der Backstube haben. Nach dieser Bemerkung des Herrn Vorredners bitte ich um so mehr, meinem Antrag zustimmen.

Der Antrag Wolkenbaur findet nicht die gewünschte Unterstützung von 50 Mitgliedern, da nur die Sozialdemokraten dafür stimmen. Der Antrag der Kommission wird angenommen.

Eingefandt.
An die Kollegen von Stehler!
Werthe Kollegen! Wie Ihr ja alle wißt, hat sich hier am Orte eine Mitgliedschaft des Bäckerverbandes gebildet. Derselbe besteht im dritten Monat, aber leider nicht in der gewünschten Weise. Wie viele der Kollegen wissen, hatte sich im Jahre 1895 eine gleiche Mitgliedschaft gebildet, welche leider wegen der Vorkriegszeit der Gesellschaft wieder aufgehoben wurde. Nun trete ich mit der Frage an Euch heran, sollen wir uns zum zweiten Male Blamieren? Ich möchte die Kollegen bitten, durch eine Anzahl von Zusammenkünften, denn Ihr kennt doch ganz genau den Zweck des Verbandes. Es sind bereits drei öffentliche Zusammenkünfte gewesen, aber leider glänzten diese durch Ihre Abwesenheit. Ich möchte Euch herzlich bitten, alle zu erscheinen. Als die nächste Frage möchte ich den Vorstehenden bitten doch bitte für diese Sache zu agitieren. Bis jetzt haben wir keine Mitgliederversammlung gehabt. Woran liegt das? Ich fordere hiermit nochmals die Kollegen auf, sich mehr an dieser hochwichtigen Sache zu beteiligen, damit sich unsere Mitgliedschaft nicht vor den andern Städten zu schämen braucht.
E. Eggers, Schriftführer.

Bekanntmachung des Hauptvorstandes.
Auf Grund des § 8 b u. c des Statuts sind von der Mitgliedschaft Ebersfeld aus dem Verbannde ausgeschlossen: Ernst Levede (Buchn. 1924), Adolf Denhardt (Buchn. 10541), Fritz Brobbed (Buchn. 10545).

Den zum Freitagabend gewählten Delegirten zur Beantwortung, daß sie sich sofort an das Lokalkomitee in Mainz, Adresse: Ehr. Eckert, Mainz, Bebelstraße 8, wegen Besorgung der Quartiere zu wenden haben.

Gemäß des in Nr. 5 d. Bl. bekanntgegebenen Wahlreglements müssen bis 25. März die Hauptwahlen und eventuelle Stichwahlen der Delegirten zum Verbandszuge alle beendet sein und eruchten wir die Wahlkomitees, sowie die Vorstände solcher Mitgliedschaften, welche für sich allein einen Wahlkreis bilden, soweit sie die Wahlprotokolle noch nicht eingefandt haben, dieses sofort zu thun, damit den gewählten Delegirten die Mandate wie die Vorlagen und sonstigen Drucksachen zum Verbandszuge rechtzeitig übersandt werden können. Bis spätestens den 30. März müssen alle Wahlergebnisse in unseren Händen sein.

Die Delegirten machen wir noch darauf aufmerksam, daß ihnen Fahrgebelter und Platen auf dem Verbandstage ausbezahlt werden und zwar erhalten alle den Fahrpreis für Retourbillets 3. Klasse vergütet. Auf allen deutschen Staatsbahnen haben Retourbillets wegen des Osterfestes bedeutend längere Gültigkeit als wie zu gewöhnlichen Zeiten, auf preussischen und sächsischen Staatsbahnen von 12 Tagen vor bis 12 Tagen nach Ostern. Die Delegirten aus dem 1. bis 5. und 10., 11. und 12. Wahlkreis benutzen den D.-Zug am Ostermontag, Mittags 12 Uhr 27 Min. ab Hamburg S., 10 Uhr 51 Min. ab Lüneburg, 12 Uhr 55 Min. ab Bremen, 3 Uhr 48 Min. ab Hannover.)

In Städten, wo man in eine Lohnbewegung einzutreten gedenkt, haben die Mitgliedschaften nach § 1 des Streitreglements davon 2 Monate vorher dem Verbandsvorstande Mitteilung zu machen.

Die Mitgliedschaften, welche Forderungen gestellt oder gewillt sind, solche zu stellen, haben sich strikte an das dem Statut im Mitgliedsbuche beigefügte Streitreglement zu halten. Unüberlegte, sogenannte wilde Streiks wird der Verbandsvorstand niemals gutheißen und unterstützen können. Man lasse sich deshalb nirgends durch Provokationen seitens der Arbeitgeber zur plötzlichen Arbeitseinstellung hinreißern, sondern bei allen Kämpfen ist die Hauptbedingung: Ruhiges und besonnenes Handeln.

In unserer jetzigen Bewegung werden außerordentlich hohe Anforderungen in Bezug auf Agitation und Unterstützung Gemagregelter, sowie in einer ganzen Reihe Rechtschutzangelegenheiten an die Hauptklasse des Verbandes gestellt. Diesen Anforderungen kann der Vorstand nur gerecht werden, wenn auch die Kassiere resp. Vorstände der Mitgliedschaften und Vertrauensleute pünktlich ihre Pflicht erfüllen und in der statistisch festgesetzten Frist mit der Hauptklasse abrechnen.

Die Revisoren sind gehalten, genau nach dem Statut und den im Fachorgan gegebenen Anweisungen des Vorstandes bei der Revision zu verfahren.

Alle Verbandsmitglieder werden dringend ersucht, regelmäßig monatlich ihre Beiträge zu entrichten und dieselben nicht erst aufsummen zu lassen.

Für die Monate Januar und Februar sind noch folgende Mitgliedschaften mit Abrechnungen und Beiträgen an die Hauptklasse rückständig: Bamberg, Bant-Wilhelmsbaben, Brandenburg, Göttingen, Nordf. v. P., Pforzheim und Straßburg; Gelb, aber noch keine Abrechnung, haben eingefandt Geilbrunn und Kölsch a. Rh.

Für Februar restieren mit Abrechnung und Beiträgen: Karlsruhe, Kempten, Planenscher Grund, Regensburg, Riemscheid, Solingen, Stuttgart, Wilhelmsburg; mit der Abrechnung (Beiträge eingefandt) Hannover und Lüneburg; mit den Beiträgen (Abrechnung eingefandt) Essen a. d. R.

Die Vorstände und Revisoren dieser Mitgliedschaften werden dringend ersucht, ihre statutengemäßen Pflichten pünktlich zu erfüllen!

Der Verbandsvorstand. J. A.: D. Allmann, Vors.

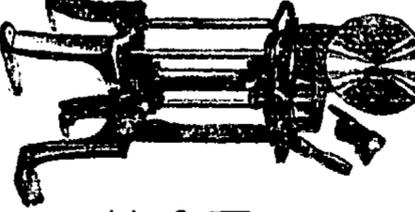
Anzeigen.
München. München.
Café Mikado.
Ecke Einlas, Rumford- und Müllerstrasse.
Jeden Sonntag, Mittwoch und Freitag neuester Hauptsammelpunkt der Bäcker Münchens.

Achtung 7. Gau.
Der Unterzeichnete bittet die Vorstände der Mitgliedschaften, die Jahresberichte vom verflorenen Jahre einzusenden, anderenfalls die Mitgliedschaften veröffentlichen, da der Jahresbericht fertig gestellt werden muß.
Die Agitationskommission.
J. A.: Karl Reurleber, Cranachstr. 9, IV.

Rosenheim (Bayern).
Restaurant Frühlingsgarten
Berberge, Verbands- u. Verkehrslokal der Bäcker.
Treffpunkt jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag.
Besitzer: Josef Löw.

Reichhaltiges Lager in sämtlichen Bäckerei- und Konditorei-Bedarfsartikeln.

Prämirt mit Europapreis, goldener und silberner Medaille. Labeck 1899.
Kürdipplom und grosse goldene Fortschrittsmedaille.
Neueste einfachste
Zeitheilmaschinen,
Anerkannt hervorragende Verbesserung.
Neu! Messer über den Teigeylinder
daher bequemste, leichteste Reinigung, ohne dasselbe herauszunehmen.
Feinste Referenzen im In- u. Ausland.
Günstige Zahlungsbedingungen.
Alb. Mohr & Co.,
Maschinen-Fabrik, Halle a. S.,
Magdalenstrasse 57 (5 Minuten vom Bahnhof).
Tüchtige Vertreter gesucht. Vor milderwerblicher Nachahmung wird gewarnt!



Prospekte und Kostenausschläge gratis.

Stuttgart.
Gasthaus zum „Goldenen Löwen“
Am Marktplatz.
Verehrliche Bäckergehilfen!
Der Unterzeichnete empfiehlt seine Fremdenzimmer zu billigen Preisen, Mittagstisch, sowie kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit. [A 2.90]
Freundlichem Besuch sieht entgegen
Christoph Häuser,
Am neuen Rathaus, Eichstraße 5.
NB. Bäckerzeitung liegt auf.

Bäcker-Einkaufsquelle.
Winterüberzieher, Havelok und Joppen werden wegen vorgerückter Saison zum Selbstkostenpreis abgegeben.
J. H. Hoch, München,
Brunnstrasse 3/0, Eckladen.

Versammlungs-Anzeiger.
Bochum. Mitgl.-Vers. Sonntag 31. März, Nachmittags 4 Uhr, im bekannten Lokal.
Breslau. Mitgl.-Vers. Dienstag, 26. März, Nachm. 3 1/2 Uhr, in Heiders Brauerei, Perrenstr. 19.
Bremen. Dessenl. Vers. Sonntag, 31. März, Nachm. 3 1/2 Uhr, bei Herrn Rusche, Sabobistr. (Referent Biechers-Samburg).
Dortmund. Außerordentl. Mitgl.-Vers. Sonntag 24. März, Nachm. 4 Uhr, bei Wühlhausen, 1. Kampstr. 73.
Düsseldorf. Mitgl.-Vers. Sonntag, 24. März, Vorm. 11 Uhr, bei J. Marx, Ratingerstr. 30.
Ebersfeld. Mitgl.-Vers. Sonntag, 31. März, Morgens 10 1/2 Uhr bei Reul, gr. Markt.
Essen a. d. R. Außerordentl. Mitgl.-Vers. Sonntag, 31. März, Nachm. 2 Uhr, bei Herrn Degenhardt, Bergstraße 19.
Gamburg. (Großbäder). Mitgl.-Vers. Donnerstag, den 4. April, Abends 7 1/2 Uhr, bei Kammerer, Zeughausmarkt 31.
Jechoe. Mitgl.-Vers. Mittwoch, 3. April, Nachm. 4 Uhr, bei Wiedhorst, Sandberg.
Ludwigshafen a. Rh. Mitgl.-Vers. Donnerstag, 28. März, im „Schwarzen Wälsch“, Wredestr.
Lüneburg. Mitgl.-Versammlung Sonntag, 24. März, Nachm. 3 1/2 Uhr, bei J. Wöhl, bei der Nikolaitirche 2.
Lüneburg. Außerordentl. Mitgl.-Vers. Sonntag, 24. März, Nachm. 3 Uhr, im Vereinshaus, Johannisstr. 50.
Offenbach a. M. Mitgl.-Vers. Donnerstag, 28. März, Nachm. 2 Uhr, in der „Stadt Heidelberg“, Gr. Biergrund 43.
Rosenheim. Mitgl.-Vers. Sonntag, 31. März, im Gasthaus „Frühlingsgarten“. (Referent: Gagner-München).
Ritdorf. Dessenl. Vers. Dienstag, 26. März, bei Gröpler, Bergstr. 147.
Solingen. Mitgl.-Vers. Sonnabend, 30. März, Abends 9 Uhr, bei G. Krichner, Hochstraße 27.
Stettin. Dessenl. Vers. Sonntag, 31. März, Vormittags 11 Uhr. (Lokal wird noch bekannt gegeben.)

Für die Redaktion verantwortlich: D. Allmann, Hamburg, Gr. Neumarkt 28. — Verlag von D. Allmann, Hamburg. Druck von Fr. Meher, Hamburg-Eilbek, Friedenstr. 4.

Zum nächsten Verbandstage.

Wenn ich in letzter Stunde noch die Feder ergreife, so geschieht dies nicht, um 99 mal Gesagtes noch zum 100ten Male zu wiederholen, sondern um neue, wichtige Gesichtspunkte in den Kreis der Erörterungen zu ziehen, und manches nach meiner Ansicht Wichtige, mehr, als dies bisher geschah, hervorzuheben.

Wir alle, Befürworter und Gegner der Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung, sind eifrig bemüht, durch die verschiedenartigsten Rathschläge zur Hebung und Vergrößerung unseres schönen Verbandes das Beste beizutragen. Unsere Größe und Stärke bedeutet unsere Macht und unseren Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Verufe. Das ist das Ziel einer Kampforganisation, und es handelt sich nur darum, auf welchem Wege wir dasselbe erreichen. Da greife ich heute vier der Hauptfaktoren heraus, die uns zu diesem Ziele führen müssen, es sind:

- 1. Aufklärung und Bildung,
2. Opferwilligkeit,
3. Disziplin und Arbeitsfreudigkeit,
4. Arbeitsnachweis.

An der Hand dieser vier Punkte will ich nachweisen, welche Bedeutung die Arbeitslosenunterstützung für den Verband hat, und wie bitter ernst es dem Hauptvorstand bei der Einbringung dieses Antrages gewesen sein muß.

1. Wissen ist Macht.

Aufklärung und Bildung in die Massen zu tragen, ist die vornehmste Parole aller modernen Arbeiterorganisationen, zu gleicher Zeit ihre Existenzfrage überhaupt. In öffentlichen Versammlungen kann dieser schönen Aufgabe bei weitem nicht Genüge gethan werden, weil es sich dort darum handelt, die Köpfe zu revolutionären, die Massen zum Widerstand gegen die Unterdrückungs- und Ausbeutungswuth der Unternehmer aufzurütteln. Folglich sind wir hierin nur auf die Organisationen angewiesen und diese müssen dann naturgemäß so groß als irgend möglich sein.

2. Zum Kampf gegen das Unternehmertum brauchen wir Geld und immer wieder Geld. Das zur Opferwilligkeit nur Kollegen zu haben sind, die von der Nothwendigkeit und der siegenden Macht der Organisation überzeugt sind, ist eine allbekannte Thatsache. Je größer und damit leistungsfähiger eine Organisation ist, desto mehr Vertrauen und Einfluß wird dieselbe unter den Kollegen haben und um so größere Macht wird sie nach außen besitzen.

3. Die Erhaltung und Vergrößerung der einzelnen Zahlstellen erfordert die freiwillige Mitarbeit jedes einzelnen Mitgliedes, namentlich legt die Verbreitung des Agitationsmaterials dem Einzelnen oft große persönliche Opfer auf. Es muß aber einmal gesagt werden, daß es in dieser Beziehung bei uns sehr im Argen liegt. Es giebt Mitglieder, die wohl sehr gut das Hörgeln verstehen, die geistige und physische Arbeit aber den Wenigen überlassen, die Alles opfern, und sich dann noch obendrein als Briggelstaben benutzen lassen müssen. Hier würde die Arbeitslosen-Unterstützung Wunder wirken. Die sich zur täglichen Kontrolle meldenden Arbeitslosen wären einfach verpflichtet, alle Arbeiten der Organisation zu verrichten und es wäre dann ausgeschlossen, daß das Verbandsorgan und andere Druckfachen, die zur Agitation bestimmt sind, als werthlose Malulatur irgendwo liegen bleiben. Viele und hoffnungsvolle Zahlstellen (u. a. Götlich) sind hierdurch schon zu Grunde gegangen, unendlich viel Geld wird dadurch zwecklos zum Fenster hinausgeworfen, und es wäre schon um deswillen zu wünschen, daß die Einführung der A.-U. hierin gründlich Wandel schaffen möchte. Disziplin und Arbeitsfreudigkeit der Mitglieder schafft die Größe und Macht der Organisation, darin geben uns die Maurer u. A. ein leuchtendes Beispiel.

4. Der letzte und wichtigste Faktor ist der Arbeitsnachweis, denselben in unsere Hände zu bekommen wird und muß eine unserer Hauptaufgaben sein. Wer aber, so wie ich, schon einmal Gelegenheit hatte, die Freuden und Weiden eines Leiters solcher Arbeitsvermittlung durchzukosten, der wird es verstehen, daß ich zu der festesten Ueberzeugung gelangte: Die Arbeitslosen-Unterstützung ist die gesündeste Grundlage für einen Arbeitsnachweis in unseren Händen.

Unter den heutigen Verhältnissen kann ein solcher nie zu einer Achtung gebietenden Bedeutung gelangen.

Die Masse der Meister bekämpft instinktiv einen von der Gesellenschaft geleiteten Arbeitsnachweis. Die Wenigen aber, die aus den verschiedenartigen Gründen denselben in Anspruch nehmen, werden bald wieder zum Sammelplatz zurückkehren, weil sie dort größere Auswahl unter den Arbeitslosen haben, und weil sie naturgemäß dort willigere Ausbeutungsobjekte finden. Ist genug aber wird der Arbeiter in unserem Local, in welchem die Arbeitsausgabe erfolgt, keinen einzigen Arbeitslosen antreffen, und wenn nicht zufällig ein besoldeter Beamter oder ein anderer dienstbarer Geist vorhanden ist, der erst einen Arbeitslosen irgendwo aufreiben muß, dann ist der Betreffende direkt gezwungen, sich von der Innung oder den kommunalen Arbeitskräfte zu verabschieden.

Dies ist die Krankheit unserer Arbeitsnachweise, unter den jetzigen Verhältnissen. Die A.-U. wird die Kollegen mehr an das Verbandslokal fesseln. Dadurch ist die prompte Bedienung der Arbeitskräfte suchenden Meister möglich, und die Organisation wird sich auf beiden Seiten mehr und mehr Achtung und Vertrauen erwerben. So lange dies nicht der Fall ist, drängen wir Arbeiter und Arbeitgeber wider Willen in die Innungs- und Wirtshausnachweise, weil sie dort schneller und sicherer Arbeit resp. Arbeitskräfte erhalten.

Die Einführung der A.-U. wird uns demnach die keineswegs leichte Aufgabe, die Arbeitsvermittlung in unsere Hände zu bringen, ganz bedeutend erleichtern. Alle vier oben angeführten Punkte zielen auf eine größere und stärkere Organisation und damit auf die Erhaltung der wirtschaftlichen Macht durch dieselbe hin. Jeder ehrenhafte Weg ist mir recht, der mich diesem Ziele näher bringt, und es hieße den Kampf in den Sand stecken, wollte man bestreiten, daß uns die Einführung der A.-U. nicht ein gutes Stück auf diesem Wege vorwärts

bringt, das, glaube ich, ist namentlich in den beiden letzten Punkten praktisch bewiesen. Die Lebensart, daß durch die Einführung der A.-U. die Organisation den Kampfes-Charakter verliere, ist eine rothfarbene Phrase, die mir garnicht imponirt, weil durch dieselbe nicht der Schein eines Beweises für ihre Richtigkeit geführt wird. Wenn dabei versucht wird, den Buchdruckerverband als Vorbild hinzustellen, und uns damit graulich zu machen, so verweise ich darauf, daß derselbe für seinen Verufe sehr beachtenswerthe Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen hat, die für uns sehr erstrebenswerthe genannt werden können. Wenn so manches Anklagige, was dem Buchdruckerverband von der gesammten Arbeiterschaft oft auf's Schwerste verdacht wurde, auch von mir verurtheilt wird, so scheidet dies jedoch für die Beurtheilung dieser Frage vollständig aus, weil der Bäckerverband eine andere Vergangenheit hat, als obige Organisation, die während des Sozialistengesetzes von des Polizeipräsidenten Minister Puttkammer's Gnaden lebte und bis auf den heutigen Tag noch große Rücksicht auf die Prinzipale nehmen muß, sogar noch mit denselben gemeinsame Festlichkeiten feiert.

Geht den Fall, wir würden durch die A.-U. die indifferenten und egoistischen Elemente in heißen Häuten in unser Lager ziehen sehen, so wäre es eine Beleidigung für unsere kampferprobten Mitglieder und deren Führer, wenn man daraus schließen wollte, dieselben würden mit einem Male aus Wölfen zahme Lämmer werden, nein, aber das umgekehrte Verhältniß wird ohne Zweifel eintreten.

Einzelne Kollegen versuchen nun einen künstlichen Gegensatz zwischen großen und kleinen Zahlstellen zu konstruiren, indem sie glauben machen wollen die A.-U. käme nur der Großstadt zu Gute. Gegenüber solcher egoistischem, egoistischen Kleinräubergeist sei hier einmal ausdrücklich festgestellt, daß bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Großstadt, nicht in letzter Linie auch dem gesammten Verbands im Allgemeinen, den kleinen Ortschaften im Besonderen zu Gute kommen, wie umgekehrt den kleinen Ortschaften der Niedergang der Löhne weit fühlbarer wird, als den Kollegen der Großstädte, die gegebenenfalls lohnendere Beschäftigung zu finden wissen. Die Unternehmer der kleinen Orte müssen meist ihre Arbeiter aus der Stadt beziehen, welche also die natürliche Lagerstätte der Arbeitslosen bildet. Werden hier hohe Löhne gezahlt, so muß der „Landtrouter“ eben auch höhere Löhne bieten, andernfalls derselbe überhaupt keine, oder doch höchst selten Arbeitskräfte erhält.

Gerade die von außerhalb Burettenden sind oder werden, da sie meist ohne jegliche Subsistenzmittel sind, zu den ärgsten Lohnrückern. Wie schwer wir unter denselben zu leiden haben, illustriert am besten die Thatsache, daß sich den Meistern Leute anbieten, die für billigeren Lohn, ja sogar für das bloße Essen und Schlafen arbeiten, nur, um eine „Berliner“ Arbeit im Arbeitsbuche zu haben. Die A.-U. wird die Lohnrückere wenigstens zum Theil aus der Welt schaffen, weil dieselbe das heute noch fehlende Bindeglied zwischen den einzelnen Ortschaften bilden wird. Lassen sich doch heute eine große Anzahl Kollegen, die in der Kleinstadt tüchtige Mitglieder waren, hier garnicht sehen. Sie sind sich selbst überlassen, müssen sehen, wie sie Arbeit bekommen. Wir können sie nicht unterstützen, und so verschwinden sie spurlos im Meere der Großstadt und sind meist für uns gänzlich verloren.

Nun schlägt man uns vor, wir sollen Maßregelungsunterstützung gewähren. Diese Kollegen haben sicher noch keine solche erhalten, denn sonst müßten sie wissen, daß dieselbe immer als Almosen wirkt, wirken muß. Es wird auch in den meisten Fällen schwer zu entscheiden sein, wo Maßregelung anfängt und gewöhnliche Entlassung aufhört, da ja die meisten unserer Kollegen, namentlich in den kleinen Ortschaften, direkt oder indirekt gemäßregelt werden.

Wollte man da in allen Fällen ohne Ausnahme Unterstützung gewähren, so dürfte wohl ein Beitragssatz von monatlich 1.30 Mk. nicht ausreichen. Uebrigens, da diese Unterstützung meist die führenden Kollegen erhalten würden, wäre meines Erachtens der schmutzigen Agitation gewisser Leute gegen die „Vertrauens der Arbeitergroßen“ nur neuer dankbarer Nährboden geschaffen, und dagegen sollten wir uns möglichst zu schützen suchen. Damit soll allerdings nicht gesagt sein, daß ich Maßregelungsunterstützung in jedem Falle verwerfe, oft genug ist dieselbe eine Nothwendigkeit, als dauernde Amputation wird sie jedoch eine Halbheit sein und auch immer bleiben.

Die Frage der Einführung der A.-U. ist demnach eine Frage der natürlichen Sortenentwicklung unseres Verbandes geworden.

Was die übrigen mehr oder minder wichtigen Fragen betrifft, die der Verbandstag zu lösen haben wird, so erübrigt es sich, heute darauf einzugehen, da sie ja alle nicht von so prinzipieller, weittragender Bedeutung sind, als der oben besandete Punkt. Die Mitgliedschaft Berlin hat ihrem Delegirten in dankenswerther Weise hierin freie Hand gelassen. Die Anhörung der Gründe für und wider bringt den Einsichtigen oft dazu, seine ursprüngliche Ansicht zu ändern, und das gebundene Mandat zwingt oft genug, gegen die bessere Ueberzeugung zu stimmen.

Nun, ich persönlich habe das feste Vertrauen zum Verbandstag, daß er ein würdiges Blatt in der Geschichte unseres Verbandes sein wird.

Carl Deschold-Berlin.

Nachdem nun schon so und so oft über die Aufgaben des Verbandstages geschrieben wurde, so will auch ich hier noch einige Andeutungen dazu folgen lassen. 1. Die Arbeitslosen-Unterstützung ist nach Nürnberger Ansicht auch für diesen Verbandstag noch nicht spruchreif, da eine feste Grundlage, nach der Berechnungen über Einnahmen und Ausgaben für dieselbe angestellt werden könnten, noch nicht geschaffen ist. Es mag dagegen wohl geltend gemacht werden, daß die Rubrik auf den Abrechnungsformularen das nöthige Material dazu geliefert hat, allein betrachten wir den Vorstandsbericht in No. 7, so lesen wir: „In 20 Mitgliedschaften wurde der Erlaß der Beiträge überhaupt nicht und in 10 nur mangelhaft gemacht.“ In 43 Mitgliedschaften wurden Angaben gemacht und in Nürnberg 33 deswegen er-

lassen. Nun will ich aber gleich anführen, daß sich diese Zahl verdoppeln dürfte, wenn nicht so und so viele Kollegen freiwillig bezahlten, und aus diesem Grund nicht gebucht wurden. Ich möchte bei dieser Gelegenheit nur auf die jetzige Zeit verweisen, wo seit Schluß der Leuchtfabriken immer 15 bis 20 Verbandskollegen, d. h. 25 bis 30 Prozent, arbeitslos sind. Wenn nun einige Kollegen besonders auf die lokale Unterstützungsstelle in München hinweisen, so möchte ich dieselben doch bitten, ihre Gedanken etwas zusammenzunehmen und sie würden vielleicht den Grund finden, wo der günstige Abschluß zu suchen ist. Nun, bis zum Verbandstag haben ja dieselben noch Zeit genug, und wenn sie's bis dahin nicht finden, wird sie der hiesige Delegirte schon dahin aufzuklären suchen. Was die Erhöhung der Beiträge anbelangt, so glaube ich, daß der Beitrag unter Beifall der Extra- und Streitbeiträge auf 1 Mark pro Monat den Kollegen übrigens hoch genug sein dürfte und möchte Kollegen Hegemann ans Herz legen, in den verschiedenen Städten die Beiträge zu laßiren, er würde bald anders reden. Ich möchte daher die Delegirten ersuchen, erst abzuwarten was die Münchener nächstes Jahr übrig haben. Wären wir daher unter ernen Verband so gut aus und unterstützen wir gemäßigtere tüchtige Kollegen besser, daß dieselben nicht zu allerlei unlauteren Mitteln zu greifen brauchen und uns dadurch verlieren gehen müssen, und es wird uns zum besseren Ergehen gereichen, als eine so ausschweifende Traue erst praktisch zu prüfen, denn wir haben immer nur den Schaden davon, wenn ein Kollege ein paar hundert Mark wegnimmt, welche ihm im Wege der Unterstützung zugelegt werden könnten, für uns und die Mitgliedschaft damit verloren geht, oder doch auf lange Zeit braud gelegt ist. Das Eintrittsgeld ist auf den Gab von 50 Pfg. zu belassen, denn 1. würde es die Kollegen immer so lange zurückhalten, als bis sie die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer Organisation selbst dazu treibt und dies dauert bei den Meisten sehr lange) und wir haben dann an den Beiträgen 2 Mal so viel Einnahme zu erleiden; auch bietet die Erhöhung keine Gewähr, daß die Eingetretenen dabei bleiben müssen. Was die Abführung an die Hauptkasse betrifft, so wäre es schon wünschenswerth, daß es bei dem jetzigen Stand bleibt und den Lokalkassen 30 Pfg. pro Beitrag gewährt werden, denn sonst würde die Agitation in den Zahlstellen bald beim Teufel sein, und auf anderer Seite das Doppelte dafür geopfert werden müssen. Es könnte dann ja z. B. eine Norm geschaffen werden, wonach in den Mitgliedschaften nicht mehr Kassenbestand sein dürfte, als pro Mitglied 50-70 Pfg. und der Ueberschuß an die Agitationskommission abzuliefern ist. Auch wäre ich dafür, daß statt der vielen Marken eine Monatsmarke eingeführt und dieselbe dementsprechend bemerthet wird. Von einer Wochenmarke halte ich nicht viel, da jetzt die Kollegen schon in einem Monat oft nicht viel Zeit finden, einmal zu bezahlen, geschweige 4 bezw. 5 Mal, die Arbeit gar nicht zu rechnen. (Da ja die Kassirer bekanntlich doch auch im Verufe thätig sein sollen.) Was die Zeitung anbelangt, so bin ich mit dem Verschwinden der Seiten, oft garnicht die Allgemeinheit interessirenden Versammlungs-Artikel vollständig einverstanden, doch möchte ich schon im Interesse der eventuell zu errichtenden Mitgliedschaften darauf aufmerksam machen, daß eben in solchen Mitgliedschaften in erster Linie in der Zeitung von den Mitgliedern nach Berichten aus dem Ort gedruckt wird und könnte solchen Zahlstellen die Aufnahme eventueller Artikel eine Zeit lang gewährt werden. Zur Statistik möchte ich folgendes bemerken: Sollten wieder Fragebogen herausgegeben werden, so wäre zu wünschen, daß dieselben in der Aufstellung der Fragen möglichst beschränkt und für jeden Kollegen leicht verständlich sind, es würde dies eher ein Resultat erzeugen als unsere letzten, welche nicht zum vierten Theil beantwortet wurden. Zu: „Fernere Agitation“ sei zu bemerken, daß die Referenten sich möglichst Angriffe auf bestehende Vereine zu enthalten suchen sollten und die beitretenden Kollegen dahin aufzuklären, daß sich auch dieselben solcher Angriffe enthalten, es würde dann in vielen Städten bedeutend leichter sein, Mitgliedschaften zu gründen und zu halten. Auch könnten kleine Anleitungen für die auszukommenden Vorstandsmitglieder von Seiten der Hauptverwaltung herausgegeben werden, welche enthalten, die Verhaltungsmaßregeln des Vorstandes bei Maßregelungen, beim Sammeln von Geldern, bei Anzeigen, bei Streitfällen, bei der Leitung der Versammlung u. s. w., für den Kassirer, für den Schriftführer, ferner für die Revisoren. (Es könnte da in den Zeitungen eine Masse Raum erspart werden, weil es für die älteren Kollegen auch immer ein Problem ist, alle Monat dasselbe zu finden), desgleichen für die Auswähler der Reiseunterstützung. Ferner über die Agitation in der Zahlstellen u. s. w. (in Broschürenform). Zur Verleugung des Eides des Hauptvorstandes bin ich der Meinung, daß es am zweckmäßigsten wäre, denselben in den Mittelbunt Deutschlands zu verlegen (wenn er verlegt werden sollte), da hier die indifferente Masse noch am stärksten vertreten und von da aus der Vorstand in alle Gegenden mit etwas geringeren Kosten gelangen könnte und in Nord- und Süddeutschland zuverlässige Kollegen sind, welche diese Theile beobachten und bei eventuellen Bewegungen eingreifen könnten.

Was den Antrag Hamburg (das Protokoll des Verbandstages in Broschürenform herauszugeben) betrifft, stehe ich demselben sympathisch gegenüber, doch möchte ich bemerken, daß derselbe höchstens in einer der Mitgliederzahl entsprechenden Auflage erscheint, da derselbe für indifferente Kollegen zu unverständlich sein dürfte. Derselbe könnte dann zum Selbstkostenpreis den Mitgliedschaften überlassen werden. Dem Antrag Volentanz-Nürnberg wird wohl die Ablehnung widerfahren müssen, da dies dem Hauptkassirer eine zu starke Arbeit bereiten dürfte und im Allgemeinen die Sekretariatsbeiträge als freiwillig geleistet werden. Der Antrag Würzburg, die Krankenunterstützung einzuführen, dürfte auch ohne weitere Erhöhung der Beiträge nicht möglich sein, trotzdem ja dieselbe schließlich doch noch eher zu berechnen ist, als die Arbeitslosen-Unterstützung. Auch dürfte dieselbe nicht so eingeführt werden, daß den Mitgliedern ein gesetzliches Recht auf dieselbe zusteht, da hier, wie bei den meisten Innungsstellen ein Passus im Statut enthalten ist, wonach ein über eine bestimmte Höhe bezogener Betrag an die Innungskasse zurückzuzahlen ist.

Nun will ich noch kurz den Antrag Kumelett-Bleibaden besprechen. Wie schon vorher bereits erwähnt, so bin auch ich der Ansicht, alles Ueberflüssige aus der Zeitung fernzuhalten und stimme den Situationsberichten bei, doch möchte ich auch da den Mitgliedschaften volle Bewegungsfreiheit in der Aufstellung von Situationsberichten zugesichert wissen, denn würde dem Antrag zugestimmt, so würden bald so und so viele Mitgliedschaften blossgelegt und schließlich jede Agitation bestrebt vergebens sein. Somit wäre ich am Ende meiner Ausführungen angelangt und hoffe auch ich, daß der Verbandstag nur zum Besten und Wohlwollen der beschließen wird. **W. S. Nürnberg.**

Der Antrag auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung wird, wie vor zwei Jahren in München, auch diesmal in Mainz das Hauptinteresse bilden. Wenn man nun die Eingekündigten im Sachorgan von einer Reihe von Kollegen verfolgt, so ergibt sich daraus, daß im Prinzip mit ganz wenigen Ausnahmen alle Kollegen die Vorteile der Einführung der A.-U. anerkennen. Der Haupteinwand, welcher von den Gegnern gemacht wird, ist der: Die Sache ist noch verfrüht, wir können die Geldmittel, die hierzu notwendig sind, nicht aufbringen. Vor zwei Jahren ist in München derselbe Einwand gemacht; damals hat man dem ein wenig Rechnung getragen, weil damals in Süddeutschland die Organisation im Stadium der Entwicklung war. Heute ist die Sache wesentlich anders. Die Freunde der A.-U. brauchen diese Rücksicht nicht mehr zu üben, sondern müssen sich und ganz dafür einsetzen, denn wenn wir so lange warten wollen, bis dieser Einwand nicht mehr gemacht wird, so würden wir wohl für immer auf eine solche Bestätigung müssen. Wenn sie erst eingeführt ist, werden auch die Gegner der A.-U. sich bald damit befremden, denn jeder Kollege, welcher arbeitslos und zugleich mittellos gewesen ist, wird wissen, daß in solchen Zeiten 10 Bfg. einem manchmal wertvoller vorkommen, als in günstigeren Zeiten 1 Mt. Wenn man nun in solchen Zeiten eine Quelle hat, aus der man mit vollem Recht schöpfen kann, so wird dieses Angenehme nicht so leicht vergessen, vielmehr wird man, wenn sich dann wieder bessere Zeiten einstellen, dafür sorgen, daß diese Vorteile nicht austrocknet, das heißt man wird für die Organisation streben, auch dann, wenn man sonst zu den sogenannten Schlafmützen gehört, und die aufzurütteln, ist doch unser aller Wunsch. Von den Gegnern wird angeführt, wir könnten uns mit anderen Berufen nicht vergleichen, die wären besser organisiert. Nun, für die Unorganisierten brauchen wir doch auch keine A.-U. zu zahlen. Dann hat unser Beruf aber auch den Vorzug, und der fällt bei der A.-U. sehr ins Gewicht, daß wir das ganze Jahr hindurch eine einigermaßen gleichmäßige Beschäftigung finden, von einer Saisonarbeit nicht reden können. Dann die Kontrolle: Nun, in den Städten, wo eine Mitgliedschaft besteht, haben wir doch auch zum größten Teil den Gesellenauschuß in unseren Händen, der, wenn er seine Pflicht erfüllt, sehr gut die Kontrolle ausüben kann. Dann die Angstmeierei für die Kampforganisation! Daß wir eine solche bleiben, dafür werden die Herren Arbeitgeber mit ihrem prohtigen Auftreten schon sorgen.

Sollte die A.-U. beschlossen werden, so ist ja eine Beitragserhöhung erforderlich; da außerdem auch vom Hauptvorstand ein zweiter Beamter gefordert wird und wenn man die Verhältnisse in Betracht zieht, wie sie sich gestaltet haben, so muß diese bewilligt werden. So wird es andererseits nötig sein, daß die Delegierten ernstlich darüber berathen, ob es nicht Stellen gibt, wo gespart werden kann, um zu verhindern, daß der Beitrag zu sehr in die Höhe gesetzt wird. Dagegen ist unser Antrag, den Hauptvorstand nach Süddeutschland zu verlegen, gestellt. Die ganze Lebensweise der Beamten, die Miethe, Druckerie usw. wird sich bedeutend billiger gestalten als in dem theuren Hamburg. Dann müssen auch die vielen Beilagen fortfallen, und dies wird nur möglich sein, wenn statt der Versammlungsberichte ein halbjährlicher Situationsbericht von den Mitgliedschaften eingeschickt wird. Ferner wird zu erwägen sein, ob nicht auch mit dem Adressenverzeichnis etwas sparsamer umgegangen werden kann. Auch dürfen die Agitationsreisen nur dann gemacht werden, wenn einigermaßen Aussicht auf Erfolg ist. Wir haben eine ganze Reihe von Städten, nach denen wir alle acht Tage einen Repräsentanten beordern können, und es würde doch kein Erfolg dabei herauskommen. Auch muß darauf hingewirkt werden, daß wenn der zweite Beamte nun bewilligt ist, der Hauptvorstand sich zu ernichtet, daß er damit kommt, sonst werden wir über zwei Jahre den Antrag bekommen, einen dritten anzustellen. Mit etwas gutem Willen wird der Hauptvorstand auch in der Lage sein, dies verhindern zu können. Unter allen Umständen muß eine Beamtenzücherei vermieden werden. Wenn in dieser Weise gearbeitet wird, werden auch die Gegner der A.-U. ihre Hartnäckigkeit aufgeben. Der Hauptbeitrag muß beibehalten werden; wöchentlich Beitrag wäre gleichbedeutend mit jeftanzustellenden Kameraden, wenigstens in den größeren Mitgliedschaften. Die Steuern sind zu verwerfen; der Hauptvorstand um Ausschluß haben ja in rührender Entschlossenheit es verhandelt, so viel auszubreiten, daß wir von einem monatlichen Beitrag von 80 Bfg. nicht mehr reden können. Ich erlaube den Beitrag von 80 Bfg. für hoch genug bemessen, um damit die Verwaltungskosten bestreiten zu können. Sollte nun die A.-U. beschlossen werden, so hat der darüber hinaus festgesetzte Beitrag voll in die von der Hauptklasse getrennt zu führende Arbeitslosenunterstützungskasse zu fließen, damit wir von einer A.-U. im wahren Sinne des Wortes reden können.

Witzelsburg. B. Leipzig.

Wieder rüsten sich die Vertreter des Bundes zur gemeinsamen Arbeit zum Wohle und Gedeihen des deutschen Baderhandes. Nach allem, was bis jetzt bekannt ist, wird diese Generalversammlung eine sehr arbeitsreiche, und im Vordergrund steht die Frage, so oft diskutirte Arbeitslosenunterstützung. Die Delegierten stehen hier vor einer sehr einschneidenden Frage. Auch ich will mich kurz zu derselben äußern. Wenn man die verschiedenen Repliken mit einander vergleicht, so werden sich Befürworter und Gegner so ziemlich die Waage halten. Daß die A.-U. einen gewaltigen Fortschritt in unserer Gewerkschaft bedeutet, darüber sind wir mit Ausnahme W. Kahl's so ziemlich alle einig. Der Kardinalpunkt ist eben die finanzielle Seite. Ist die deutsche Baderarbeiterschaft, soweit sie sich gewerkschaftlich organisiert hat, die Mittel aufzubringen im Stande? Diese Frage ist zu bejahen.

Ich schlicke mich in dieser Hinsicht ganz den Ausführungen A. Richter's in letzter Nummer an. Es ist ganz natürlich und auch begreiflich, daß sich die kleinen Städte gegen eine Erhöhung der Beiträge wehren und sagen: nur die Großstädte haben den Nutzen davon. Dies ist jedoch ein sehr egoistischer Standpunkt. Wer stellt denn das große Meer der Arbeitslosen in den Großstädten? Hier in Frankfurt sind zur Zeit keine 10 Lehrlinge aufzutreiben. Ich habe, um ein Beispiel anzuführen, in Othof (Königreich Sachsen) im Jahre 1888 gelebt. In dieser Stadt von 8-10000 Einwohnern waren damals 38 Badermeister mit über 40 Lehrlingen. In welchen Jahrgänge wurden 26 zum Gesellen gemacht? Wo ist heute für solche keine Stadt eine Ummantelung? Und diese heute? Der größte Theil in den Städten. Man hat mir vorgehalten: mit Erhöhung der Beiträge ist der G. Gau für uns verloren. Jedoch sehen wir von Leipzig ab und betrachten uns die Gesellen der kleinen Städte, Othof, Weiden, Döbeln, Witz usw., so ist meiner Ansicht nach fürs erste nichts dort zu gewinnen, also auch nichts zu verlieren. Die Bader in diesen Städten sind meistens frisch ausgebildete Lehrlinge, welche im Frühjahr den Wanderstab ergreifen und das Meer der Arbeitslosen in den Großstädten vermehren. Die Bevölkerung des platten Landes geht eben gerade noch in Sachsen in den konservativen Schritten.

Wie das neugeborene Kind an der Muttermilch hängt, so steht die A.-U. zum Arbeitsnachweis. So die Verbandsnachweise funktionieren, ist es mit der Kontrolle nicht so schwer, und in anderen Städten müssen eben die Kollegen sehen, Einkauf in Innungs- und Gesellenauschüssen zu gewinnen. Jetzt komme ich zu einem Punkt, der gegen Einführung der A.-U. spricht. Wie denken sich die Befürworter die Situation nach einem gewonnenen Streik?

Beispiel: Frankfurt hat sich günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen erkämpft; vier Wochen nach der Bewegung kommen aus den umliegenden Städten Verbandsmitglieder, aus Mannheim 10, Wiesbaden 8, Darmstadt 6 usw., welche alle den vorschristsmäßigen Sensus im Bunde haben. Sie sehen sich hierher, trotzdem es in anderen Gauen an Arbeitskräften mangelt, sind, wie es thatsächlich der Fall war, nicht fortzubringen sondern pochen auf ihr Recht, was dann? Ich bin der Meinung, daß man den Delegirten überhaupt keine gebundene Marschrouten mitgibt. Man muß erst die Ausführungen von den Vertretern Münchens und Augsburgs hören, wie sich die A.-U. dort bewährt hat. Die Ausführungen einzelner Kollegen, betr. der unsaubereren Elemente, dafür bürgt schon die Streikzeit. **F. Dörfler-Frankfurt.**

Der nächste Verbandstag wird sicher der interessanteste und lebhafteste, den je der deutsche Baderverband seit seinem Bestehen erlebte und die Ursache ist die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Da nun größtentheils bis jetzt Großstädter sich an der Debatte beteiligten, so erlaube auch ich mir, der mit kleinstädtischen Verhältnissen vollkommen vertraut ist, das Wort zu ergreifen. Wie die Kollegen, die sich auf Agitation befinden, schon oft die Erfahrung gemacht haben, fällt es ihnen oft sehr schwer, an kleinen Orten Mitgliedschaften zu Stande zu bringen, und warum? Das Erste, was man da gesagt hört, ist, ja was nützt uns der Verband, eine Lohnbewegung können wir nicht durchführen, dazu sind wir zu schwach, folgedessen haben wir vom Verband keinen Nutzen. Kommt dann wirklich einmal etwas zusammen, so kann man wiederholt beobachten, daß die ganze Sache wieder aus dem Leim geht; es wird dann ein Agitator gerufen, der wieder eine große Rede zu halten hat: Resultat in 3 bis 4 Wochen wieder die alten Zustände, wenn nicht am Orte selbst einige tüchtige Kollegen sich befinden, die es verstehen, eine Mitgliedschaft zusammen zu halten. Um dies aber zu ermöglichen, müssen die Kollegen in den größeren Städten uns ein Mittel in die Hand drücken, und das ist die A.-U. Durch die A.-U. haben wir den Vortheil, daß die Organisation bedeutend gefördert wird und es wird nicht mehr in dem Maße wie jetzt vorkommen, daß bei Lohnbewegungen eine Masse Kollegen, die vorher dem Verband den Rücken lehrten, herangebrängt kommen, um bei einem Ausbruch für nichts geleistetes die Streikunterstützung einzuheimen und dann, wenn der Streik zu Ende ist, die Vortheile davon sich zu Gute kommen lassen und dem Verbande wieder aufs Neue abtrünnig werden. Durch die A.-U. ist dies zu verhindern, denn sie sehen, daß jetzt nach dem Ermüngen vom Verbande immer noch Vortheile winken für eventuelle spätere Arbeitslosigkeit. Wie verhält sich nun die Sache auf dem Lande? Ich habe weiter oben schon darauf hingewiesen, daß die Kollegen draußen in den kleinen Provinzstädtchen von ihrer Zugehörigkeit zum Verbande aus, Vortheile haben möchten, was bis jetzt nur in minimalen Fällen und wieder nur bei jüngeren Leuten, die die Reueunterstützung ausnützen können, zu Tage kam, während bei älteren, lebhafte Kollegen gar kein Nutzen von der Zugehörigkeit vorhanden ist, aber die A.-U. auch ihnen Vortheile bietet. Ich will nicht auf das Für und Wider, es ist schon zur Genüge erörtert worden, eingehen, denn bei derartigen neuen Einführungen, wie die oben genannte, sind bei den Gewerkschaften, wo man die A.-U. schon hat, dieselben Motive angeführt worden, wie bei uns. Zugleich möchte ich darauf hinweisen, daß beim Punkt "Agitation" bedeutend gespart werden könnte. Die Hauptagitatoren sollen am Orte selbst sein, was nützt es, wenn aus irgend einem Winkel des deutschen Reiches ein Agitator eine Reise in den entgegengesetzten Winkel macht, ich bin in keiner Charivari, aber die Erfahrung bei uns hat gezeigt, daß die einheimischen Agitatoren mehr Anhänger als Fremden finden. Es ist daher genug, wenn jeder Gau von den sich dort befindenden Agitatoren bereinigt wird und die Zeit wird auch bei uns nicht so fern sein, wo in jeder Stadt ein tüchtiger Agitator thätig sein kann.

Ant. Kleindienst-Ordung.

Es ist sehr wünschenswert, daß auch endlich in dem Baderverband die Arbeitslosenunterstützung eingeführt werden soll, wie es schon längere Zeit in anderen Berufen der Fall ist. Denn es kommt öfters vor, daß Verbandsmitglieder längere Zeit aus Arbeit sind und der Polizei, wenn sie kein Geld haben, in Händen fallen, schließlich den Arbeitsauftrag erhalten oder gar aus der Stadt verwiesen werden. Und die meisten solcher Mitglieder verlieren den Muth, im

Verband weiter zu zahlen, weil sie keine Hilfe haben. Ist aber die Arbeitslosenunterstützung eingeführt, so ist das Verbleiben im Verbande unvermeidlich, und werden auch solche Mitglieder, die schon ein halbes oder ein ganzes Jahr oder noch länger beim Verbande sind, aber die richtige Ueberzeugung nicht haben, nicht so leicht den Muth verlieren, weil keiner weiß, wann er außer Arbeit kommen kann und der Arbeitslosenunterstützung bedürftig ist. Es wäre sehr wünschenswert, daß die Unterstützung nicht auf 75 Bfg. sondern auf eine Mt. gesetzt würde. Lieber den Beitrag um 10 Bfg. höher anschlagen, denn 75 Bfg. ist nicht halb und nicht ganz, und wenn es so eingeführt ist, dann werden wir mehr Mitglieder erobern und die eroberten Mitglieder werden standhafter bleiben als bisher, wenn es auch anfangs langsam geht. **Joh. Häfslinger, Regensburg.**

Den Antrag habe ich bereits schon gestellt, daß der Lehrlingszücherei zu Leibe gerückt werden müsse, denn durch die große Lehrlingszücherei werden alle Jahre massenhaft Gehilfen auf den Arbeitsmarkt gebracht und die Arbeitslosigkeit dadurch vermehrt. Ferner ersuche ich noch, daß man die Restmarken fallen lasse und dafür drei Monatsmarken eingelebt werden. Ferner wäre es sehr zweckdienlich, wenn die sogenannten Fremden eingelebt würden, wie dieselben schon längst eingeführt sind bei anderen Verbänden. Es wäre dadurch ein gemeinnützlicher Zweck erreicht, weil auch die arbeitslosen Gehilfen ihre Marken eingelebt bekommen, man eine Ueberfülle hat, wie lange der betreffende Gehilfe außer Arbeit steht und besser bei dem Verbande bleibt wie bisher. Auch sollte auf gemeinregelte Kollegen, welche sich dem Verbande angeschlossen haben und dadurch lange außer Arbeit sind, mehr Rücksicht geboten werden. **Ottensbacher.**

Gewerkschaftliches.

Durch brutale Gewalt sucht die Hamburger Innung diejenigen Kollegen, welche nicht nach ihrem Bunde sind, zu unterdrücken, das zeigt folgender Fall: Der Badermeister Schulz, der nebenbei Armenpfleger ist, verführte sich einen Lehrling aus dem Waisenhaus. Derselbe sollte 4 1/2 Jahre lernen, rückte aber nach vierteljährlicher Lehrzeit schon aus, da er keinen großen Gesellen an der Bäckerei fand. Daran sollte der Geselle D. schuld sein, welcher zu dem Lehrling die Worte gebraucht haben sollte: "Es ist eine Schande, daß solch ein armer Junge, der später niemals daran denken kann, selbst ein Geschäft zu erwerben, sich vier Jahre als Baderknecht abschinden muß!" Während kam der Innungsmeister zu dem Gesellen und verwies ihn sofort von der Arbeit, ohne die gesetzliche Kündigungsfrist einzuhalten. Vor dem Gewerbegericht wird ihm plausibel gemacht werden müssen, daß er dazu nicht berechtigt ist und wird er für diese Ueberelung einen Wochenlohn als Lehrgeld zu zahlen haben. Doch damit waren die Rachegefühle des Herrn S. noch nicht befänigt. Er beantragte beim Innungsverbande die Ausschließung des S. vom Innungsarbeitsnachweise, was auch von diesem, entgegen dem Proteste des Gesellen-Ausschusses, geschah. Auf alle Fälle wird gegen diese willkürliche Vorgehensweise der Gesellen-Ausschuß beschwerdeführend vorgehen!

Aus Berlin. Am 13. März feierte unser alter Kollege Ernst Pfeifer, der Gründer unseres Verbandes, seinen 58. Geburtstag. In keiner Preis alter und jüngerer Berliner Kollegen hatte sich zusammengesunden, um unseren Veteran durch eine Ovation zu überraschen. Es war ein echtes Verbands-Comitienfest. Der Alte schüttete einmal sein ganzes Herz aus. Es war wohl das erste Mal in seinem bewegten Leben, daß er versichern konnte, er lebe einigermaßen sorgenlos und glücklich nebenbei noch. Alte Denkmäler aus thatenreichen Zeit bewunderten die Jungen, tiefen in den Alten schöne Erinnerungen wach. Die Geschichte des Verbandes liegt in dieser stillen Baderklausur in der Pappel-Allee, viele stumme aber doch so beredte Zeugen! Angesichts des heute so stark pulsirenden Lebens in unserem Verbande wirkt es doppelt erhebend, über die stillen Zeugen aus schwerer Zeit, von der Gründung an, Betrachtungen nachzuhängen. Ein herrliches Andenken, auf das unser Alter besonders stolz ist und auch stolz sein kann. Einem in seiner vornehmen Einfachheit doppelt eindrucksvollem Wahrzeichen, das ihm die Parteigenossen seines Bezirkes als Anerkennung seiner dreißigjährigen Dienste in der und für die Partei gestiftet hatten, wurde allgemeine Bewunderung gezollt. Möge dem alten Kämpfer, der heute noch fest zur Sache des Verbandes steht und den Seite seiner liebenden Gattin ein verdienter, noch recht langer und glücklicher Lebensabend beschieden sein!

Reine Zustände herrschen in der Bäckerei von Eisner in Trausnitz in Beziehung zur Reinlichkeit. Es ist dort nicht, daß in dem Kessel, der zum Sieden der Prehen verwendet wird, Wäsche, auch die der Kinder, ausgekauten wird. Alle gesetzlichen Vorschriften zur Aufrechterhaltung der Reinlichkeit der Backstube und über die Ventilation werden nicht beachtet. Die Schlafkammern befinden sich unter dem Dache derartig eingezwängt, daß die Gehilfen dadurch genöthigt sind, in das Bett zu kriechen, um sich nicht den Kopf an dem Dachstuhl zu stoßen. Bretterverchlänge bilden die Wände, in deren Raum der Aufenthalt bei kaltem Wetter nahezu unerträglich ist. Man hat hier wieder eines der vielen Beispiele, welchen Werth die Kontrolle der Behörden in den Bäckereien hat, denn die Herren sehen oft nicht die in die Augen fallenden gefehrvolligen Zustände. Es wäre daher der dortigen Behörde zu empfehlen, sich einmal aufzuraffen, um ihrer Verpflichtung betreffs der Kontrolle in den Bäckereien nachzukommen.

Aus Frankfurt a. M. Ohne Grund hatte der Badermeister Sauer seinen Gesellen Th. plötzlich entlassen und vor dem Gewerbegerichte sich dann bereit erklärt, den Entlassenen noch 14 Tage zu beschäftigen. Arbeiten sollte der Geselle schon, Geld war aber nicht zu erhalten und der Wüde sollte statt im Bette auf einer Backmulde schlafen! Dieses ging selbst der Polizei zu weit, welche der Kläger darüber fragte: ob er denn in dem Backtroge schlafen müsse? Das Gericht hält den Kläger für berechtigt, deshalb die Arbeit einzustellen und verurtheilte den Meister zur Zahlung von 35 Mt. Lohn.